

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

28

Wien, am 1. Februar 1933.

## Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das städtische Gesundheitsamt teilt über die Grippehäufigkeit in Wien mit, dass in der Zeit vom 1. bis 28. Jänner rund 1.400 Anzeigen über Grippeerkrankungen erstattet worden sind. Da im Jänner 1929 nicht weniger als 6.975 Grippeanzeigen, im Jänner 1931 sogar 9.920 und im vorjährigen Jänner 4.970 Grippeanzeigen an das städtische Gesundheitsamt erstattet worden waren, kann festgestellt werden, dass von einer Grippehäufigkeit wie in den Vorjahren heuer nicht gesprochen werden kann. Für die Unterbringung tatsächlich spitalsbedürftiger Grippekranker stehen in mehreren Wiener Spitälern Grippebetten zur Verfügung. Bei der Unterbringung dieser Kranken ergeben sich daher keine Schwierigkeiten.

-----

## Die Theaterdirektoren beim Bürgermeister.

Heute vormittags fand im Rathaus eine Besprechung zwischen Bürgermeister Seitz und dem Verband österreichischer Theaterdirektoren statt, in der die Direktoren auf die nahezu katastrophale wirtschaftliche Lage der Theater verwiesen und dem Bürgermeister ein umfassendes Notstandsprogramm zur Verminderung des Ausgabenetats und eventuellen Einnahmesteigerung überreichten. Dieses Programm umfasst Vorschläge, die selbstverständlich auf gemeinsame Opfer aller Beteiligten, und zwar der privaten wie öffentlichen Faktoren, abzielen. Nach eingehender Erörterung dieses Programmes kam man zunächst zu dem Beschluss, dass ein Teil der Fragen vom Verband zusammen mit den Angestelltenorganisationen, ein anderer Teil mit dem zuständigen Magistratsreferat vorbereitet werden soll. Die Vorschläge betreffend Bundessteuern wurden aus diesem Verhandlungskomplex ausgeschieden und auf eine besondere Verhandlung im Finanzministerium verwiesen.

-----

## Die Schneesäuberungsarbeiten.

Um die durch das Tauwetter breiig gewordenen Schneekrusten von den Fahrbahnen zu entfernen, verwendete heute der städtische Strassenpflegebetrieb für diese Arbeiten 908 städtische Strassenarbeiter und 2.142 Arbeitslose. Die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr besorgten 18 Pferdeschneepflüge, 28 Lastkraftwagen und 70 Pferdefuhrwerke. Für die Reinigung der Fahrbahnen wurden ausserdem alle automobilen Kehrmaschinen in den Dienst gestellt.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

29

Wien, am 2. Februar 1933

## Theater- und Kunstaufführungen für Arbeiter und Angestellte.

### Subventionierung durch die Gemeinde Wien.

Die Wiener Gemeindeverwaltung leistet alljährlich an die Kunststellen bestimmte Zuwendungen zur Förderung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte. Die Organisationen, die eine Zuwendung erhalten, genießen auch im Sinne des Gesetzes über die Lustbarkeitsabgabe eine sehr namhafte Steuerbegünstigung. Im Voranschlag für das Jahr 1933 wurde der Betrag von 20.000 Schilling als Subvention für die Veranstaltung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte bewilligt. Für die Aufteilung dieser Subvention dienen als Grundlage Mitgliederzahl und Leistungen der zu subventionierenden Körperschaften.

Am letzten Montag hat nun der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten nach einem Bericht des Gemeinderates Beisser die Aufteilung dieser städtischen Kunstsubvention beschlossen. Demnach erhalten die sozialdemokratische Kunststelle 13.125 Schilling, die Kunststelle für christliche Volksbildung 3.280 Schilling, die Kunststelle für öffentliche Angestellte 2.340 Schilling, der Oesterreichische Arbeiter-Sängerbund, Gau Wien, 1.000 Schilling und der Gesangsverein "Freie Typographia" 255 Schilling.

.....

### Der Arbeitsnachweis der Stadt Wien im November 1932.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden am 30. November des Vorjahres beim Arbeitsnachweis der Stadt Wien 36.378 unerledigte Stellengesuche und 63 unerledigte Stellenangebote gezählt; das sind um 3.775 unerledigte Stellengesuche und um 6 unerledigte Stellenangebote mehr als im vergangenen Oktober und um 9.172 unerledigte Stellengesuche mehr, hingegen um 15 unerledigte Stellenangebote weniger als im November 1931. Im Berichtsmonate führte der Arbeitsnachweis der Stadt Wien 184 Arbeitsvermittlungen durch, um 32 weniger als im vergangenen Oktober und um 170 weniger als im November 1931.

.....

### Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Die Bezirksvertretung Hietzing tritt am Samstag, den 11. Februar, um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

30

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 2. Februar 1933.

## Die Konzertbesteuerung in den Gast- und Kaffeehäusern.

Das Landesgesetz über die Lustbarkeitsabgabe sieht vor, dass in Lokalen, die zur Leistung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe verpflichtet sind, die Lustbarkeitsabgabe in einem Prozentsatz vom Gesamterlös der Veranstaltung bemessen werden kann. Demgemäss haben schon vor Jahren der Verband der Konzertlokalbesitzer und der Fachverein der Konzertlokalinhaber mit dem Magistrat Verhandlungen gepflogen, die zur Festsetzung einer Steuerskala geführt haben. In dieser Skala ist der Abgabeprozentsatz je nach der Höhe der Lösung und den Kategorien der Betriebe abgestuft. Die Skala ist im Laufe der Jahre einigemal geändert worden und stand in der letzten Fassung bis Ende Dezember 1932 in Kraft. Auf Grund neuer Verhandlungen, die der Ausschuss der beiden genannten Organisationen mit dem Magistrat geführt hat, ist nun mit Rückwirkung auf den 1. Jänner 1933 die Skala in den unteren Stufen so geändert worden, dass verminderte Pauschalsätze berechnet werden. Die Änderung soll den kleineren Lokalen die Möglichkeit bieten, die Konzertveranstaltungen aufrecht zu erhalten, sie allenfalls zu vermehren oder Veranstaltungen neu einzuführen. Für die arbeitslosen Musiker, deren Berufsvereinigung wiederholt in der gleichen Angelegenheit an den Magistrat herangetreten ist, ist dadurch eine vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen worden.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

31

Wien, am 3. Februar 1933.

## Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien.

Auch im November 1932 für die offene Fürsorge der Gemeinde Wien fast zwei Millionen Schilling aufgewendet.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen November in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge 1.242.900 Schilling, für Pflegebeiträge 444.600 Schilling, für Pflegegelder 184.000 Schilling und für Aushilfen 100.600 Schilling aufgewendet. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im Berichtsmonate 1.972.100 Schilling aufgewendet, um 85.500 Schilling mehr als im November 1931 und um 14.600 Schilling mehr als im Oktober 1932.

## Mutterberatung, Kindergärten, Kinderhorte und Kinderausspeisung.

Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im November 1932 insgesamt 22.117 Beratungen durch; die städtischen Kindergärten wurden im Berichtsmonate von täglich durchschnittlich 6.465 Kindern, die städtischen Kinderhorte von täglich durchschnittlich 1.058 Kindern besucht. Bei den Kinderausspeisungen der Gemeinde Wien wurden im November 1932 insgesamt 301.546 Speiseportionen ausgegeben.

## Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten.

Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten nahmen im Berichtsmonate 3.425 Personen auf. Die Zahl der in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten geleisteten Verpflegstage im November 1932 betrug 522.607; davon entfallen 242.551 Verpflegstage auf die Versorgungshäuser, 151.902 Verpflegstage auf die Anstalten für Geisteskranke und 63.968 Verpflegstage auf die Krankenanstalten.

-----

## Diamantene Hochzeit.

Heute beging im engsten Familienkreise das Ehepaar Franz und Johanna Groll die sechzigste Wiederkehr seiner Eheschließung. In Vertretung des Bürgermeisters nahm an der Feier amtsführende Stadtrat Honay teil, der in einer herzlichen Ansprache das Jubelpaar beglückwünschte und die Ehrengabe der Stadt Wien überbrachte. Für die Bezirksvertretung war Vorsteher Seleskowitsch erschienen. Groll, der im 88. Lebensjahr steht, war nahezu fünfzig Jahre als Fassbinder tätig, kam dann in den Gemeindedienst und wurde im Jahre 1918 pensioniert. Seine Gattin ist 81 Jahre alt. Von den neun Kindern des Ehepaares sind fünf am Leben.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

32

Wien, am 4. Februar 1933.

## Die häufigsten Todesursachen in Wien.

### Ansteigen der Krebstodesfälle, Rückgang der Todesfälle an Tuberkulose.

Die Magistratsabteilung für Statistik berichtet über die häufigsten Todesursachen der Wiener Bevölkerung und stellt in diesem Bericht die Todesursachen im Jahre 1927 und im Jahre 1931 einander gegenüber. Aus der Darstellung ergibt sich, dass den stärksten Anteil an den Sterbefällen in Wien im Jahre 1927 bei den Männern die Herzkrankheiten, die Tuberkulose der Atmungsorgane, Krebs und andere bösartige Geschwülste hatten, bei den Frauen ebenfalls Herzkrankheiten und Krebs. Im Jahre 1931 waren die meisten Todesfälle bei den Männern durch Herzkrankheiten, Krebs und andere bösartige Geschwülste und Tuberkulose der Atmungsorgane hervorgerufen worden, bei den Frauen durch Herzkrankheiten und Krebs. Während im Jahre 1927 ungefähr 14 Prozent aller Todesfälle bei den Männern auf Tuberkulose der Atmungsorgane, etwa 11 Prozent auf Krebs und andere bösartige Geschwülste, und nahezu 15 Prozent auf Herzkrankheiten zurückzuführen waren, weist die Statistik der Todesfälle des Jahres 1931 bei den Männern bloss etwa 13 Prozent Todesfälle an Tuberkulose, ungefähr 14 Prozent Krebstodesfälle und 16 Prozent Todesfälle infolge Herzkrankheiten aus. Von den im Jahre 1927 in Wien gestorbenen Frauen hatten nicht ganz 10 Prozent an Tuberkulose der Atmungsorgane, mehr als 14 Prozent an Krebs und mehr als 18 Prozent an Herzkrankheiten gelitten; im Jahre 1931 waren von den Frauen etwa 7 Prozent an Tuberkulose, fast 17 Prozent an Krebs und anderen bösartigen Geschwülsten und nahezu 19 Prozent an Herzkrankheiten gestorben. Die Magistratsabteilung für Statistik errechnet auch eine Indexziffer für 1931, wobei sie den Durchschnitt der Todesfälle in den Jahren 1927 bis 1931 gleich 100 setzt. Es ergeben sich dabei für das Jahr 1931 folgende Indexziffern für die Todesfälle der Männer: Tuberkulose der Atmungsorgane 99, Krebs und andere bösartige Geschwülste 110, Gehirnblutung und Gehirnschlag 97'8, Herzkrankheiten 100'7 und Lungen- und Rippenfellentzündung 85'5. Die Indexziffern für die Todesfälle der Frauen im Jahre 1931 sind: Tuberkulose der Atmungsorgane 89'5, Krebs und andere bösartige Geschwülste 109'1, Gehirnblutung und Gehirnschlag 93'3, Herzkrankheiten 100'3 und Lungen- und Rippenfellentzündung 98'7. Im allgemeinen kann also festgestellt werden, dass die Zahl der Krebstodesfälle und die Zahl der Todesfälle an Herzkrankheiten ansteigt, während Tuberkulose-todesfälle und ebenso die Todesfälle an Lungen- und Rippenfellentzündung, an Gehirnblutung und Gehirnschlag zurückgehen.

## Ausländische Gäste in Wien.

In den letzten Wochen besichtigten Mr. Walter, Korrespondent des "Manchester Guardian" in Berlin, der englische Dramatiker Robert Nichols und dessen Frau, Frau Dr. Fania Halle (Moskau), Frau Dr. Bienert, Schriftstellerin in Dresden, Chia-Pao Cheng, Shi-Mou Lee, Lien Yang, Yoz Shou Kou, Chia-Hsieng Lee und Hohsien Chen, die Mitglieder einer chinesischen Kommission zum Studium der Wiener Schul- und Wohlfahrtseinrichtungen, neue städtische Wohnhausanlagen, Wohlfahrtsanstalten und städtische Bäder. Die Gäste sprachen sich über das Gesehene in äusserst anerkennenden Worten aus.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 33  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 6. Februar 1933.

## Die Grippe in Wien.

### 293 Grippekranken in den Wiener öffentlichen Krankenhäusern.

Verschiedene Tageszeitungen bringen Nachrichten über die in Wien herrschende Grippe, die eine Beunruhigung der Bevölkerung hervorrufen könnten, zumal durch manche Nachrichten der Eindruck erweckt wird, als bemühe sich die Gesundheitsbehörde, die Verbreitung der Grippe in Wien abzuleugnen. Es werden daher in Zukunft periodisch die Ausweise der Grippekranken in den Wiener öffentlichen Krankenhäusern veröffentlicht werden.

Seit dem Jahre 1920 sind die Aerzte und Leiter der Krankenanstalten verpflichtet, wöchentlich summarisch die Zahl der in Behandlung genommenen Fälle von Grippe schriftlich anzuzeigen. Dieser Erlass wird alljährlich vor Beginn der Grippezeit allen beteiligten Kassen, Krankenhäusern und Aerzten in Erinnerung gebracht; zum letztenmal geschah dies am 27. Oktober 1932.

Nach den Meldungen der öffentlichen Krankenanstalten befinden sich heute in den Wiener öffentlichen Krankenhäusern, die insgesamt rund 9000 Betten haben, 293 Grippekranken, und zwar im Wilhelminenspital mit 1251 Betten 28 Grippekranken, im Sophienspital mit 217 Betten 9 Grippekranken, im Krankenhaus der Stadt Wien mit 1.137 Betten kein Grippekranker, im Krankenhaus Wieden mit 574 Betten 20 Grippekranken, im Rochusspital mit 100 Betten kein Grippekranker, im Allgemeinen Krankenhaus mit 3160 Betten 144 Grippekranken, im Rudolfsspital mit 1.037 Betten 18 Grippekranken, im Franz Josef-Spital mit 1000 Betten 49 Grippekranken und im Elisabethspital mit 556 Betten 25 Grippekranken.

Die Not und die Arbeitslosigkeit bringen es mit sich, dass Grippekranken jetzt viel früher und viel häufiger in die Krankenhäuser gebracht werden, als es sonst der Fall war; dass in den öffentlichen Krankenanstalten nur 293 Grippekranken sind, beweist also mindestens, dass schwere Grippefälle selten sind. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt werden, dass in Wien keine Grippe herrsche; sicherlich kommen in Wien tausende leichte Grippefälle, jedoch nur wenige schwere Erkrankungen vor.

## Diamantene Hochzeit.

Der seit 1867 in Meidling ansässige Tischlermeister Wenzel Paclt feierte am Samstag mit seiner Gattin Franziska die sechzigste Wiederkehr seiner Verheiratung. Aus diesem Anlass fand in den Mandlsälen eine grosse Feier statt, an der in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teilnahm, der in einer herzlichen Ansprache die Verdienste der Jubilare würdigte und dem Jubelpaar die Ehrengabe der Stadt Wien überreichte. Paclt ist 84 Jahre alt, seine Frau 81. Beide Eheleute erfreuen sich vollster geistiger und körperlicher Frische. Von den zwölf Kindern des Ehepaares sind acht am Leben, die alle in geachteten Stellungen tätig sind.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

34

Wien, am 7. Februar 1933.

## Der Pferdefleischverbrauch in Wien.

Seit 1929 um mehr als ein Drittel gesunken. - Wiener Tagesverbrauch durchschnittlich 40 Zentner Pferdefleisch.

Die Magistratsabteilung für Statistik teilt mit, dass im Jahre 1929 insgesamt rund 24.046 Zentner Pferdefleisch in Wien dem Verbrauch zugeführt wurden; von den 42.514 ins Schlachthaus gebrachten Pferden wurden nach veterinärpolizeilicher Ueberprüfung 42.482 für den Verbrauch in Wien geschlachtet; ausserdem wurden nach Wien 2.140 Zentner Pferdefleisch zugeführt, von denen rund 1.955 Zentner veterinärpolizeilich zum Verbrauch zugelassen wurden. Im Jahre 1930 wurden in Wien 37.232 Pferde ins Schlachthaus gebracht und von diesen nach veterinärpolizeilicher Ueberprüfung 37.200 zum Zwecke des Verbrauches geschlachtet; die Pferdefleischzufuhren im Jahre 1930 betragen insgesamt rund 1927 Zentner, von denen rund 1.673 Zentner zum Verbrauch zugelassen wurden. Insgesamt wurden also in Wien im Jahre 1930 rund 17.673 Zentner Pferdefleisch dem Verbrauch zugeführt. Auch im Jahre 1931 ist der Pferdefleischverbrauch in Wien weiter gesunken; es wurden nämlich nur mehr rund 14.738 Zentner Pferdefleisch dem Verbrauch zugeführt. Im Jahr 1931 wurden insgesamt 25.380 Pferde ins Schlachthaus gebracht und von diesen 25.351 nach veterinärpolizeilicher Prüfung für den Verbrauch zugelassen; die Pferdefleischzufuhren im Jahre 1931 betragen rund 1830 Zentner, von denen rund 1555 Zentner zum Verbrauch zugelassen wurden. Es wurden somit im Jahre 1931 in Wien im Tagesdurchschnitt rund 40 Zentner Pferdefleisch verbraucht. Vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1931 ist der Pferdefleischverbrauch in Wien um etwa 39 Prozent gesunken.

## Strassenbenennungen in Wien.

### Eine Spinozagasse in Ottakring und Hernalz.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates Beisser beschlossen, eine von der Rosenackerstrasse abzweigende Gasse, die parallel zur Rudolf Goldscheid-Gasse in Hernalz und Ottakring nahe der Bezirksgrenze verläuft, nach Benedikt de Spinoza "Spinozagasse" zu benennen. Die Erläuterungstafel wird folgenden Text haben: "Benedikt (Baruch) de Spinoza (1632- 1677), Philosoph."

### Umbenennung der Kinderasylgasse im Kahlenberger Dorf.

Die Bezirksvertretung Döbling hat den Antrag gestellt, zur Erinnerung an den langjährigen und verdienstvollen Leiter des Kinderasyls im Kahlenberger Dorf, Viktor Zwilling, die Kinderasylgasse in Döbling, die nach diesem Kinderasyl benannt war, in "Zwillinggasse" umzubenennen. Auf Antrag des Gemeinderates Beisser ist in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten die Umbenennung der Kinderasylgasse in "Zwillinggasse" beschlossen worden. Der Text der Erläuterungstafel wird lauten: "Viktor Zwilling (1861- 1931), Pädagoge, Landtagsabgeordneter."

### Sitzung der Bezirksvertretung Ausergrund.

Die Bezirksvertretung Ausergrund tritt am Mittwoch, den 15. Februar, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 35  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 8. Februar 1933

## Ein Rekord an "Goldenen Hochzeiten".

### In drei Tagen 44 goldene Hochzeiten!

Der Fasching des Jahres 1883 war von sehr kurzer Dauer. Schon am 4. Februar war vor einem halben Jahrhundert Faschingssonntag. Am Faschingsamstag, -sonntag und -montag des Jahres 1883 muss aber ein wahres Heiratsfieber in Wien ausgebrochen sein, meldeten doch beim Wiener Magistrat nicht weniger als vierundvierzig Ehepaare, die an diesen drei Tagen geheiratet hatten, ihren Anspruch auf die Ehrengabe der Gemeinde Wien an. Diese Zahl ist umso interessanter, als im ganzen Jahre 1932 nur 328 "Goldene" angemeldet worden waren.

Amtsführender Stadtrat Honay hat in der vorigen Woche in Vertretung des Bürgermeisters alle Jubelpaare besucht. Es sind dies die Ehepaare Wenzel und Marie Bärejska, Adolf und Adele Bauer, Franz und Katharina Bauer, Mathias und Vinzenzia Baumgartner, Leopold und Theresia Bayer, Johann und Antonie Beer, Johann und Maria Berthold, Rudolf und Marianne Bohutinsky, Gustav und Therese Christen, Johann und Antonia Cvach, Karl und Marie Czap, Johann und Anna Dolezal, Michael und Johanna Fritsch, David und Malka Gelber, Karl und Rosalia Glasshüthner, Ludwig und Anna Goldmann, Karl und Juliane Gruber, Karl und Klara Grunsky, Anton und Franziska Gutscher, Ignaz und Genofeva Haidmayer, Franz und Josefa Huber, Thomas und Eva Huber, Mathias und Franziska Knezinek, Friedrich und Maria Lutz, Josef und Rosa Mayer, Karl und Maria Miksch, Karl und Anna Misar, Franz und Karolina Neumayer, Emanuel und Josefa Pospisil, Franz und Johanna Puchegger, Josef und Marie Puza, Ignaz und Charlotte Reiner, Eduard und Hermine Schubert, Franz und Karoline Schwarz, Josef und Therese Schwinghammer, Josef und Marie Spiering, Alois und Johanna Szamerl, Karl und Hedwig Vrbka, Leopold und Theresia Waldhammer, Vinzenz und Theresia Wratil, Franz und Marie Zamyslicki, Alois und Karoline Zehle und Franz und Maria Zimmerl.

In vielen Fällen veranstalteten die Kinder der Jubelpaare oder gewerbliche Körperschaften grössere Feiern, an denen auch der Bezirksvorsteher teilnahm und bei denen Stadtrat Honay nach einer herzlichen Ansprache dem goldenen Hochzeitspaare die Ehrengabe - 50 Schilling in einer mit dem Rathaus geschmückten Lederkassette - und das in Goldrahmen gefasste Diplom der Stadt Wien überreichte.

In zwei Fällen konnte die Feier nicht abgehalten werden. Im ersten Fall war der Mann drei Tage vor dem Erinnerungstag gestorben, im zweiten Falle musste die Feier wegen schwerer Erkrankung des Mannes unterbleiben. Die Jubelpaare haben insgesamt 247 Kinder; davon sind 116 am Leben. Enkelkinder wurden 123 und Urenkel 6 festgestellt. Von den 44 "Goldenen Hochzeiten" hatten sechs überhaupt keine Kinder. Die Höchstzahl der "Goldenen" erreichte Ottakring mit 6, dann folgen Favoriten und Meidling mit je 4, während in Hernals keines der goldenen Hochzeitspaare wohnte.

## Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 23. Februar, um 18 Uhr statt.







# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 36

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. Februar 1933.

## Bevölkerungszunahme in Wien.

### Wiens Bevölkerung wächst durch Zuwanderung.

#### Rückgang der Zahl der Geburten.

Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik sind in Wien im Vorjahr 15.200 Kinder lebend geboren worden, während im Jahr 1931 die Zahl der Lebendgeburten 16.614 betragen hatte. Die Zahl der Lebendgeburten war also im Vorjahr um 1.414 geringer als im Jahr 1931. Von den 15.200 Lebendgeburten des Jahres 1932 erfolgten 12.576 in öffentlichen und privaten Gebäranstalten; die Zahl der Hausgeburten betrug 2.624. Daraus ergibt sich, dass von 100 Lebendgeburten nur 17 in der mütterlichen Wohnung erfolgten, während 83 Prozent der Mütter öffentliche oder private Gebäranstalten aufgesucht hatten.

Von den Lebendgeborenen des Jahres 1932 waren 8.020 Knaben und 7.180 Mädchen, 11.664 eheliche und 3.536 uneheliche Kinder. Der Geburtenrückgang betrug bei den Mädchen gegenüber dem Jahr 1931 11 Prozent, während der Geburtenrückgang bei den Knaben nur 6 Prozent betrug. Bei den unehelich Geborenen war der Geburtenrückgang 13 Prozent, bei den ehelich Geborenen 7 Prozent.

Im Jahr 1932 betrug die Zahl der Todesfälle in Wien 24.809. Da im selben Jahr in Wien nur 15.200 Kinder lebend geboren wurden, hat die Bevölkerung der Stadt durch die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahr 1932 9.609 Einwohner verloren. Trotzdem ist die Einwohnerzahl Wiens im Jahr 1932 gestiegen. Nach den Aufzeichnungen des Meldeamtes der Bundespolizeidirektion Wien sind nämlich im Jahr 1932 157.636 Personen nach Wien zugewandert, während nur 127.191 Personen aus Wien abgewandert sind. Wien hat daher durch die Wanderungsbewegung im Jahr 1932 30.445 Einwohner gewonnen. Als absolute Zunahme der Bevölkerung für das Jahr 1932 ergibt sich somit die Zahl von 20.836 Personen.

Im Jahr 1931 waren 164.554 Personen nach Wien zugewandert und 130.332 Personen von Wien abgewandert. Durch die Wanderungsbewegung hatte daher Wien im Jahr 1931 34.222 Einwohner gewonnen. Die Zuwanderung nach Wien ist im Jahr 1932 gegenüber dem Jahr 1931 um 4,2 Prozent, die Abwanderung von Wien um 2,4 Prozent gesunken. Wenn aber auch die Zuwanderung nach Wien im Jahr 1932 abgenommen hat, so hat doch Wien mehr Kraft bewiesen, die Zuwanderer zu erhalten, als eine Reihe anderer deutscher Grossstädte. In manchen deutschen Grossstädten hat nämlich im vergangenen Jahr die Wanderungsbewegung mehr Abwanderungen als Zuwanderungen ergeben, so dass diese Städte einen Teil ihrer Bevölkerung durch Mehrabwanderung verloren haben.

## 510.923 Gasmesser in Wien.

Die Direktion der städtischen Gaswerke teilt mit, dass am 31. Jänner 510.923 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen haben. Gegenüber dem Stand vom Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 31. Jänner dieses Jahres weit mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten. Im vergangenen Jänner haben die städtischen Gaswerke 1440 Gasmesser neu aufgestellt, 562 Gasmesseranlagen vergrössert und 14 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten war im Berichtsmonate ein sehr reger; insgesamt wurden 360 Geräte, Gasherde, Kochplatten, Gasbügeleinrichtungen, Gasbrotröhren und Gasbadeöfen, verkauft. Ausserdem wurden 182 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" abgesetzt.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

37  
Wien, am 10. Februar 1933.

## Wiederbelegung von Schachtgräbern im Hernalser Friedhof.

Nach dem 2. Mai 1933 werden die Schachtgräber in der Gruppe S, nach dem 1. Oktober 1933 die Schachtgräber in der Gruppe R und nach dem 1. Februar 1934 die Schachtgräber in der Gruppe 4 im Hernalser Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Gesuche um Zulassung solcher Enterdigungen sind bei Schachtgräbern in der Gruppe S bis längstens 15. April, bei Schachtgräbern in der Gruppe R bis 15. September und bei Schachtgräbern in der Gruppe 4 bis 15. Jänner 1934 bei der Magistrats-Abteilung 12 einzubringen. Auf verspätet überreichte Ansuchen wird keine Rücksicht genommen. Nach dem 2. Mai werden die Grabkreuze von den Schachtgräbern in der Gruppe S, nach dem 1. Oktober von den Schachtgräbern in der Gruppe R und nach dem 1. Februar 1934 von den Schachtgräbern in der Gruppe 4 abgeräumt und im Friedhof gelagert. Sie werden binnen Jahresfrist jenen Parteien ausgefolgt, die ihr Eigentumsrecht nachweisen und der Gemeinde Wien die durch die Abräumung erwachsenen Auslagen ersetzen. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde nach eigenem Ermessen.

-----

## Statistische Daten vom vergangenen November.

### Bäderbesuch.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, haben die städtischen Bäder im vergangenen November 576.235 Besucher gehabt. Da für den Oktober 1932 die Statistik eine Besucherzahl von 667.916 und für November 1931 eine Besucherzahl von 643.087 aufweist, ist die Zahl der Bäderbesucher gegenüber Oktober 1932 um 91.681 und gegenüber November 1931 um 66.852 zurückgegangen. Von den 576.235 Besuchern der städtischen Bäder im November 1932 waren 43.115 Kinder, die unentgeltlich badeten, während im Oktober 1932 nur 38.049 und im November 1931 38.128 unentgeltlich badende Kinder in den städtischen Bädern gezählt worden waren. Die Zahl der unentgeltlich badenden Kinder ist also gegenüber Oktober 1932 um 5.066 und gegenüber November 1931 um 4987 gestiegen.

### Rettungsdienst, städtischer Sanitätsbetrieb und Leichenbestattung.

Für den Rettungsdienst weist die Statistik im November 1932 4412 Hilfeleistungen gegenüber 5127 Hilfeleistungen im Oktober 1932 und 4681 Hilfeleistungen im November 1931 aus. Die Zahl der Hilfeleistungen ist also gegenüber Oktober 1932 um 715 und gegenüber November 1931 um 269 gesunken. Der städtische Sanitätsbetrieb, der im November 1931 3396 und im Oktober 1932 3151 Krankentransporte durchgeführt hatte, hat im vergangenen November 3343 Transporte durchgeführt. Gegenüber November 1931 ist daher die Zahl der Krankentransporte um ein Geringes, und zwar um 53, gesunken, hingegen gegen Oktober 1932 um 192 gestiegen. Für die Leichenbestattung wurden im November 1932 2051 Bestattungen, davon 272 Einäscherungen ausgewiesen. Gegenüber November 1931 ist die Zahl der Bestattungen um 84, die Zahl der Einäscherungen um 18 zurückgegangen; hingegen ist gegenüber Oktober 1932 die Zahl der Bestattungen um 118 und die Zahl der Einäscherungen um 14 gestiegen.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:

38

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 10. Februar 1933.

## Das Vergnügungsleben in Wien.

Wie der Magistrat festgestellt hat, sind die Einzelfeste in Wien, die für die Lustbarkeitsabgabe angemeldet worden sind, von 29.223 im Jahre 1931 auf 32.443 im Jahre 1932 gestiegen. Insbesondere sind auch die Veranstaltungen in der Faschingszeit angewachsen. Während im Dezember 1931 3.850 Veranstaltungen versteuert wurden, waren es im Dezember 1932 3.966; während im Jänner 1932 3.449 Veranstaltungen gezählt wurden, waren es im Jahre 1933 4.046. Allerdings ist festzustellen, dass gerade grosse Veranstaltungen ausgefallen und offenbar zahlreiche kleine Veranstaltungen an ihre Stelle getreten sind, die mit weniger Risiko für die Veranstalter verbunden sind und bei niedrigeren Eintrittspreisen durchgeführt werden können. Infolgedessen ist auch der Ertrag der Lustbarkeitsabgabe von den Einzelveranstaltungen trotz der Vermehrung der Feste um 20 Prozent gesunken.

-----

## Freiplätze der Gemeinde Wien an der Hochschule für Welthandel in Wien.

Für das Sommersemester 1933 und das Wintersemester 1933/34 werden von der Gemeinde Wien fünf Freiplätze an Absolventen des ersten Semesters der Hochschule für Welthandel in Wien, die in Wien heimatberechtigt sind, verliehen. Die Gesuche um Verleihung eines solchen Freiplatzes sind an den Wiener Magistrat, Abteilung 8, zu richten und bis einschliesslich 28. Februar bei der Hochschule für Welthandel einzureichen. Den Gesuchen sind Geburts- und Heimatschein und ein Mittellosigkeitszeugnis neuesten Datums, woraus die Erwerbs- und Vermögensverhältnisse des Einschreiters und dessen unterhaltspflichtiger Angehöriger, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder dessen Geschwister zu ersehen sind, anzuschliessen.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 39

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 11. Februar 1933.

## Verkehrsunfälle in Wien.

### Einfluss des Strassenzustandes auf Unfälle.- Die meisten Unfälle im Mai, September und Oktober.- Statistik der Unfälle nach Wochentagen und nach Tagesstunden.

Nach den Monatsberichten der Polizeidirektion ereigneten sich im Jahre 1932 in Wien insgesamt 7.372 Verkehrsunfälle. Man sollte nun meinen, dass sich die meisten Verkehrsunfälle in den Wintermonaten ereignen, in denen Schnee und Glatteis den Strassenzustand verschlechtern und früher Eintritt der Dunkelheit und Nebel die Schwierigkeiten des Verkehrs vergrößern. Dieser Eindruck wird auch durch verschiedene Messungen bekräftigt. Die Statistik beweist jedoch, dass der Eindruck unrichtig ist. Von den 7.372 Verkehrsunfällen des Jahres 1932 entfielen nämlich 458 oder 6'2 Prozent auf den Jänner, 479 oder 6'5 Prozent auf den Februar, 474 oder 6'4 Prozent auf den März, 647 oder 8'8 Prozent auf den April, 773 oder 10'5 Prozent auf den Mai, 703 oder 9'5 Prozent auf den Juni, 690 oder 9'3 Prozent auf den Juli, 640 oder 8'7 Prozent auf den August, 735 oder 10 Prozent auf den September, 742 oder 10'1 Prozent auf den Oktober, 523 oder 7'1 Prozent auf den November und 508 oder 6'9 Prozent auf den Dezember.

Die Unfallhäufigkeit war also in den Monaten Jänner bis März und im Dezember, also in den ausgesprochenen Wintermonaten, am geringsten. In keinem dieser Monate erreichte die Zahl der Unfälle 7 Prozent; selbst der Dezember mit seinem gesteigerten Weihnachtsverkehr und der gerade im Vorjahr langandauernden Nebel- und Glatteisperiode bleibt in der Unfallhäufigkeit weit hinter den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstmonaten zurück. Auch der Ausflugsverkehr in den Sommermonaten bietet dafür keine genügende Erklärung, da sich ja dieser Ausflugsverkehr vor allem ausserhalb des Stadtgebietes abwickelt und die Polizeistatistik nur Unfälle in Wien verzeichnet.

Die Magistratsabteilung für Statistik hat auch eine Zusammenstellung der Unfälle nach den Fahrzeugarten, durch die sie verursacht wurden, ausgearbeitet. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass von den Verkehrsunfällen des Jahres 1932 56 oder 0'8 Prozent durch schweres Pferdefuhrwerk, 118 oder 1'6 Prozent durch leichtes Pferdefuhrwerk, 1349 oder 18'3 Prozent durch Lastkraftwagen, 1704 oder 23'1 Prozent durch Personenkraftwagen, 838 oder 11'4 Prozent durch Lohnkraftwagen, 1507 oder 20'4 Prozent durch Krafträder, 755 oder 10'2 Prozent durch Fahrräder, 1006 oder 13'7 Prozent durch die Strassenbahn und 39 oder 0'5 Prozent durch sonstige Fahrzeuge verursacht wurden. Die meisten Unfälle wurden also nach dieser Zusammenstellung durch Personenkraftwagen verursacht; auf solche Personenkraftwagen entfallen fast ein Viertel aller Verkehrsunfälle. Als besonders unfallsgefährlich kommen nach den Personenkraftwagen die Motorräder mit 20'4 Prozent aller Unfälle, dann die Lastkraftwagen und an vierter Stelle erst die Lohnkraftwagen, also die Autotaxi, in Betracht.

Obzwar die Lohnkraftwagen sicherlich einen viel stärkeren Anteil am Strassenverkehr der Stadt haben als die privaten Personautos, ist also, wie die Statistik erweist, die Zahl der Unfälle durch Lohnkraftwagen weit geringer als die Zahl der durch Personenkraftwagen verursachte.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Verkehrsunfälle. Das kann wohl als Beweis dafür gewertet werden, dass die Lohnkraftwagenlenker mit grösserer Sicherheit und Vorsicht fahren als Lenker von Privatkraftwagen.

Bei einer Aufteilung der Verkehrsunfälle auf die einzelnen Wochentage ergibt sich folgendes Bild: Von den 7372 Verkehrsunfällen des Jahres 1932 ereigneten sich 754 oder 10'2 Prozent an Sonntagen, 1021 oder 13'9 Prozent an Montagen, 1076 oder 14'6 Prozent an Dienstagen, 1036 oder 14'1 Prozent an Mittwochen, 990 oder 13'4 Prozent an Donnerstagen, 1175 oder 15'9 Prozent an Freitagen und 1320 oder 17'9 Prozent an Samstagen. Am Wochenende, Freitag und Samstag, ereigneten sich also nahezu 34 Prozent aller Verkehrsunfälle der Woche. Die Ursache dürfte wohl in der Abspannung und in der grösseren Arbeitsintensität liegen.

Schliesslich hat die Magistratsabteilung für Statistik auch eine Aufstellung über die Zahl der Unfälle zu den einzelnen Tagesstunden ausgearbeitet. Nach dieser Aufstellung entfielen von den Verkehrsunfällen des Jahres 1932 auf die Tagesstunden von 7 bis 9 Uhr 596 oder 8'1 Prozent, von 9 bis 11 Uhr 923 oder 12'5 Prozent, von 11 bis 13 Uhr 1171 oder 15'9 Prozent, von 13 bis 15 Uhr 1026 oder 13'9 Prozent, von 15 bis 17 Uhr 1107 oder 15 Prozent, von 17 bis 19 Uhr 1143 oder 15'5 Prozent, von 19 bis 21 Uhr 600 oder 8'2 Prozent und schliesslich auf die Tagesstunden von 21 bis 7 Uhr 806 oder 10'9 Prozent. Der starke Strassenverkehr mittags und nachmittags ab 15 Uhr bedingt das Ansteigen der Zahl der Verkehrsunfälle in diesen Tagesstunden. Wiewohl in den Morgenstunden der Verkehr sehr dicht ist, weil die meisten Menschen in diesen Stunden zu ihren Arbeitsstätten eilen, ist die Zahl der Verkehrsunfälle am Morgen verhältnismässig gering; offenbar ist das auf die grössere körperliche Frische nach der Nachtruhe zurückzuführen.

-----

## Jubilare der Ehe.

Heute, Samstag, überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay den Jubelpaaren Anton und Theresia Buchhard, Peter und Franziska Jurka und Wenzel und Anna Mayer, die ihre goldene Hochzeit feierten, die Ehrengabe der Stadt Wien. Buchhard ist pensionierter Postbeamter in Mariahilf, Jurka ein Floridsdorfer Zimmermeister, der in seinem Betrieb bis zu siebzig Arbeiter beschäftigte; Mayer arbeitet noch heute als Schuhmachermeister in Ottakring. Die drei Jubelpaare hatten 19 Kinder; davon sind 12 am Leben.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

40  
15. Februar 1933  
Wien, am

## Auflösung der Bürgerliste in Wien.

Abschriften der Bürgerliste liegen zur allgemeinen Einsichtnahme bei den magistratischen Bezirksämtern in der Zeit vom 15. bis einschliesslich 28. Februar an Werktagen von 15 bis 19 Uhr und an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr auf. Innerhalb der Auflegungsfrist können in den Auflegungsstellen Erinnerungen wegen Nichtaufnahme von Wahlberechtigten oder Aufnahme von Nichtwahlberechtigten eingebracht werden. Den Erinnerungen sind die zur Begründung notwendigen Dokumente, deren Rückstellung ehestens erfolgen wird, tunlichst anzuschliessen.

-----

## Die Zahl der Wohnungskündigungen in Wien in fünf Jahren um 39 Prozent gestiegen.

Während im Jahre 1928 in Wien 14.367 Mietverträge gerichtlich gekündigt worden waren, sind im Jahre 1932 nach Mitteilungen der Magistratsabteilung für Statistik 19.964 gerichtliche Kündigungen von Mietverträgen erfolgt. Im Jahre 1929 waren 13.617, im Jahre 1930 17.888 und im Jahre 1931 17.877 Mietverträge gerichtlich gekündigt worden. Gegenüber 1931 ist also die Zahl der gerichtlichen Kündigungen um 12 Prozent gestiegen, während die Steigerung gegenüber 1928 39 Prozent beträgt. Von je 100 Kündigungen des Jahres 1932 betrafen 30 den Untermieter und 70 den Hauptmieter. Die meisten Untermieterkündigungen sind für die Leopoldstadt und für Hietzing ausgewiesen; in der Leopoldstadt sind nämlich im Jahre 1932 667 und in Hietzing 516 Untermieter gerichtlich gekündigt worden. Bei den Hauptmieterkündigungen stehen die Landstrasse, die Leopoldstadt und Ottakring an der Spitze der Bezirke; auf der Landstrasse sind 1148, in der Leopoldstadt 1135 und in Ottakring 1131 Hauptmieter im Jahre 1932 gerichtlich gekündigt worden. 57 Prozent der gerichtlichen Kündigungen des Jahres 1932 betrafen vierzehntägig zu kündigende Mietverträge, 23 Prozent vierteljährig zu kündigende Verträge.

-----

## Rückgang der Zahl der Scharlach- und Diphtheriefälle in Wien.

Im vergangenen Jänner sind beim städtischen Gesundheitsamt insgesamt 404 Anzeigen über Scharlacherkrankungen und 398 Anzeigen über Erkrankungen an Diphtherie erstattet worden. Da im Dezember 1932 im städtischen Gesundheitsamt 525 Scharlachanzeigen und 667 Diphtherieanzeigen erstattet worden waren, kann festgestellt werden, dass die Zahl der Scharlach- und Diphtheriefälle in Wien beträchtlich zurückgegangen ist.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur: 41  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. Februar 1933.

## Die Erschliessung des Kahlenberges.

In einem Montagblatt wird die Behauptung aufgestellt, dass die Gemeinde Wien die Aktien der Kahlenberggesellschaft nur an sich gebracht habe, um eine Konkurrenz für den Cobenzl zu vereiteln, und dass die Gemeinde Wien zur Erschliessung des Kahlenberges nichts tue. Diese Nachrichten sind vollständig unrichtig. Es ist aber selbstverständlich, dass für alle erforderlichen Arbeiten erst Pläne gemacht und sorgfältig geprüft werden müssen. Diese Arbeiten sind, soweit sie von der Gemeinde Wien unmittelbar ausgeführt werden sollen, in vollem Gange. Auf Grund sorgfältiger Erwägungen ist festgestellt worden, dass es am zweckmässigsten sein wird, die heutige Kahlenbergstrasse nicht zu einer Autostrasse umzugestalten, sondern sie als Strasse für die Fussgänger bestehen zu lassen und eine neue Autostrasse auf der Zahnradbahnstrecke zu bauen. Die Zahnradbahnstrecke ist aber auf Grund des Eisenbahnrechtes dem Bund heimgefallen, so dass die Gemeinde sich nunmehr erst an den Bund wenden musste, damit er ihr den Grund für den Bau der Strasse überlasse. Mit den Detailarbeiten kann erst begonnen werden, bis die Zustimmung des Bundes vorliegt. Die Gemeinde hat auch den Anspruch auf die produktive Arbeitslosenfürsorge erhoben; auch darüber sind die Verhandlungen mit den zuständigen Bundesstellen bereits eingeleitet. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen sein werden, wird dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet werden. Wenn nicht Verzögerungen eintreten, die ausserhalb des Machtbereiches der Gemeinde liegen, so wird mit den Arbeiten, die einige Monate in Anspruch nehmen werden, so rechtzeitig begonnen werden können, dass man mit der Fertigstellung im späten Sommer rechnen kann. Die Gestaltung auf dem Kahlenberg selbst ist eine Angelegenheit der Aktiengesellschaft und nicht der Gemeinde. Die Gesellschaft hat bereits die Vorbereitungen getroffen, um noch im Laufe dieses Monats einen öffentlichen Wettbewerb auszuschreiben. Die Verhandlungen mit den Architektenvereinigungen hierüber stehen vor dem Abschluss. Was die Frage eines Hotelbaues auf dem Kahlenberg anlangt, so gehen die Meinungen der Fachleute vom wirtschaftlichen Standpunkt aus darüber vorläufig noch weit auseinander. Es ist selbstverständlich, dass Beschlüsse von weittragender Bedeutung nicht übereilt werden dürfen und dass Bauten nur in Angriff genommen werden können, soweit die Mittel hierfür sichergestellt sind.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

42

Wien, am 14. Februar 1933.

## Der Rettungsdienst in Wien. Statistische Daten vom Jahre 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik berichtet, sind im Jahre 1932 die beiden Wiener Rettungsgesellschaften, die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft und die Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft, die Gemeindewache und die Bundespolizei in 61.716 Fällen zur ersten Hilfeleistung in Anspruch genommen worden. Wenn man die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1923 zum Vergleich heranzieht, so ergibt sich, dass in Wien auf 30 Einwohner ein Rettungsdienst im Jahre 1932 entfiel. Von den 61.716 ersten Hilfeleistungen des Jahres 1932 entfielen auf die Wiener Rettungsgesellschaft 26.136, auf die Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft 3.175, auf die Feuerwehr der Stadt Wien 1.264, auf die Wiener Gemeindewache 6.167 und auf die Bundespolizei 24.974 Fälle. Von der Feuerwehr ist in 308 Fällen, von der Gemeindewache in 97 Fällen und von der Bundespolizei in 9.850 Fällen erste Hilfe vermittelt worden; 61 Prozent der ersten Hilfeleistungen bei Ausfahrten der beiden Rettungsgesellschaften sind auf solche Vermittlungen zurückzuführen. Die Wiener Rettungsgesellschaft hat im Vorjahre in 14.181 Fällen Verletzte und in 11.955 Fällen Erkrankten Hilfe geboten; von den Interventionen entfallen also 54 Prozent auf Verletzte und 46 Prozent auf Erkrankte. In 11.436 Fällen oder 44 Prozent erfolgten Interventionen auf der Station und in 14.700 Fällen oder 56 Prozent Interventionen bei Ausfahrten. Bei der Hietzinger freiwilligen Rettungsgesellschaft entfielen von den Hilfeleistungen 52 Prozent oder 1.664 Fälle auf Verletzte und 48 Prozent oder 1.511 Fälle auf Erkrankte; in 32 Prozent oder 1.009 Fällen erfolgten Interventionen auf der Station und in 68 Prozent oder 2.166 Fällen bei Ausfahrten.

-----

## Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien zu Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 76. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 630 Parteien in 70 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von rund 27.000 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 46.423 Parteien in 5.261 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 252.000 Schilling bewilligt.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Ausgabe.

Wien, am

13

14.

Februar 1933

## Die Grippe in Wien.

Gestern befanden sich in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten insgesamt 314 Grippekranke, und zwar im Allgemeinen Krankenhaus 171, im Wilhelminenspital 25, im Franz-Josef-Spital 7, im Elisabethspital 35, im Sophien-Spital 9, in der Rudolfstiftung 19, im Wiedner Krankenhaus 29 und im Krankenhaus der Stadt Wien 19; im Rochus-Spital war kein Grippekranker. Am 8. Februar befanden sich in den Wiener öffentlichen Krankenhäusern 285 an Grippe erkrankte Personen; es ergibt <sup>sich</sup> also eine geringe Zunahme der Zahl der schwereren Grippefälle.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

44

Wien, am 15. Februar 1933

Die meisten Kinder werden in der Nacht geboren.

Eine Statistik über die Geburtsstunde der Lebendgeborenen in Wien.

Die Magistrats-Abteilung für Statistik hat nach den Geburtsanzeigen der Hebammen eine Statistik über die Geburtsstunde der lebendgeborenen Kinder in Wien aufgestellt. Nach dieser Aufstellung entfielen von den Geburten im Jahre 1931 18'23 Prozent auf die Nachtstunden zwischen 23 Uhr und 3 Uhr, 17'64 Prozent auf die Morgenstunden zwischen 3 Uhr und 7 Uhr, 18'17 Prozent auf die Vormittagsstunden zwischen 7 Uhr und 11 Uhr, 15'55 Prozent auf die Mittagsstunden zwischen 11 Uhr und 15 Uhr, 15'04 Prozent auf die Nachmittagsstunden zwischen 15 Uhr und 19 Uhr und 15'37 Prozent auf die Abendstunden zwischen 19 Uhr und 23 Uhr. Von den im Jahre 1932 geborenen Kindern wurden 19'21 Prozent in der Nacht zwischen 23 Uhr und 3 Uhr, 17'66 Prozent am Morgen zwischen 3 Uhr und 7 Uhr, 18'2 Prozent am Vormittag zwischen 7 Uhr und 11 Uhr, 15'18 Prozent am Mittag zwischen 11 Uhr und 15 Uhr, 14'75 Prozent am Nachmittag zwischen 15 Uhr und 19 Uhr und 15 Prozent am Abend zwischen 19 Uhr und 23 Uhr geboren. Es ergibt sich also, dass in beiden Jahren mehr als die Hälfte der Kinder in der Zeit zwischen 23 Uhr und 11 Uhr geboren worden ist. Der Höhepunkt der Zahl der Lebendgeburten liegt in den Nachtstunden von 23 Uhr bis 3 Uhr, der Tiefpunkt in den Nachmittagsstunden zwischen 15 Uhr und 19 Uhr. Trotz der kurzen, nur zweijährigen Beobachtungszeit scheint, da die Bewegung der Jahreskurven fast vollkommen parallel ist, bereits die Gesetzmässigkeit der Verteilung sichtbar zu sein.

.....  
Die Schneesäuberungsarbeiten.

Das gestern eingetretene neuerliche Schneewetter machte wieder umfassende Schneesäuberungsarbeiten notwendig. Der städtische Strassenpflegebetrieb stellte für diese Arbeiten 919 städtische Strassenarbeiter und 1.251 Arbeitslose in den Dienst. Zur Bekämpfung des Glatteises wurden automobiler Sandstreumaschinen und für die maschinelle Schneebeseitigung 17 Pferdeschneepflüge verwendet.

.....  
Bezirksvertretung Fünfhaus.

Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält am Donnerstag, den 23. Februar, um 18 Uhr eine Plenarsitzung ab.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

45

Wien, am 15. Februar 1933.

---

## Die Gärtner sollen ihre Gewerberechte verlieren.

Heute sprach eine Abordnung des Verbandes der Land- und Forstarbeiter Oesterreichs, bei dem die überwiegende Zahl von Gärtnergehilfen Wiens organisiert ist, beim Landeshauptmann von Wien, Bürgermeister Karl Seitz, vor und machte ihn auf die von einem Teil der Wiener gewerblichen Gärtner durchgeführte Aktion aufmerksam, die dahin abzielt, die gewerblichen Gärtner zur Zurücklegung ihrer Gewerbescheine zu veranlassen. Die Auswirkung einer solchen Aktion würde dazu führen, dass die bisher bei diesen Unternehmern beschäftigten Gärtnerarbeiter ihre bisherigen aus der Gewerbeordnung und aus sozialpolitischen Gesetzen erfließenden Arbeitsrechte verlieren würden. Sie kämen unter die sozialpolitischen Gesetze für Landarbeiter, die weit rückständiger seien.

Die Vertreter des Verbandes der Land- und Forstarbeiter Oesterreichs richteten an den Landeshauptmann das Ersuchen, im Wiener Landtag dafür zu wirken, dass eine Landarbeiterordnung beschlossen werde, die für die nunmehr der Gewerbeordnung entzogenen Gärtnerarbeiter, aber auch für die übrigen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Wien dieselben sozialpolitischen Vorteile sichert, wie sie bisher die gewerblichen Gärtnerarbeiter genossen haben.

Der Bürgermeister erwiderte, dass ihm die Agitation/unter den Gärtnern bekannt sei und dass er sie im Gesamtinteresse des Gärtnergewerbes bedauern müsse. Die Gehilfenschaft vertrete ein Gesamtinteresse des Gewerbes, wenn sie sich gegen die Unterstellung unter ein minderes Recht wehre. Er werde sofort Auftrag geben, die einschlägigen Fragen zu prüfen und eventuell die notwendigen Gesetzesvorlagen für den Wiener Landtag auszuarbeiten.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

46

Wien, am 16. Februar 1933.

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im vergangenen Dezember.

Nach einer Mitteilung der Magistratsabteilung für Statistik kamen im vergangenen Dezember in Wien 1.131 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 106 mehr als im vergangenen November, hingegen um 100 weniger als im Dezember 1931. Von den Lebendgeburten waren 581 Knaben und 550 Mädchen, 881 eheliche und 250 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 193, in Anstalten 938 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug 88, um 34 weniger als im vergangenen November und um 23 weniger als im Dezember 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 2.038 Personen; das sind um 64 Personen mehr als im vergangenen November, aber um 232 weniger als im Dezember 1931. Von den Verstorbenen waren 1.026 männlichen und 1012 weiblichen Geschlechtes; 1.936 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 102 ortsfremd waren. In der Wohnung starben 902, in Anstalten 1.136 Personen. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 397 Fällen organische Herzkrankheiten, in 332 Fällen Krebs, in 168 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 148 Fällen Lungen- und Rippenfellentzündung angegeben worden; 120 Anzeigen haben als Todesursachen Gehirnschlag, 88 Anzeigen Arterienverkalkung, 61 Anzeigen Altersschwäche und 44 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 91 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 28 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren, 17 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 20 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 83 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 140 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 195 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 329 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 1.135 Verstorbene waren mehr als 60 Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien betrug im vergangenen Dezember 98; das sind um 6 weniger als im vergangenen November, hingegen um 8 mehr als im Dezember 1931. Im Berichtsmonate unternahmen 160 Personen einen Selbstmordversuch, um 32 weniger als im vergangenen November, aber um 4 mehr als im Dezember 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen Dezember in Wien 67 Säuglinge starben, um 12 mehr als im vergangenen November, hingegen um 13 weniger als im Dezember 1931. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 42 Knaben und 25 Mädchen, 44 eheliche und 23 uneheliche Kinder; 37 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 30 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik sind im vergangenen Dezember 10.738 Personen nach Wien zugewandert und 9.225 Personen von Wien abgewandert. Die Zunahme der Bevölkerung durch Wanderung beträgt daher im Berichtsmonate 1.513 Personen.

An das Gesundheitsamt der Stadt Wien wurden im Berichtsmonate 525 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 667 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen und 391 Anzeigen über Schafblatternerkrankungen erstattet.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

47

Wien, am 17. Februar 1933

## Verpachtung der Gemeindejagd Hinternasswald.

Die Magistrats-Abteilung 34 a (Städtischer Wasserversorgungs-Betrieb) verpachtet für die Zeit vom 16. Mai 1933 bis 31. Dezember 1937 die Eigenjagd Hinternasswald der Gemeinde Wien. Das Jagdgebiet liegt an den Hängen der Rax und der Schneealpe; es ist 2.400 Hektar gross und von der Bahnstation Payerbach-Reichenau auf einer Bezirksstrasse leicht zu erreichen. Dem Jagdpächter stehen gute Jagdsteige und mehrere Jagdhütten zur Verfügung. Der Wildstand umfasst 80 Stück Hochwild (15 Hirsche), 120 Stück Gemswild (35 Böcke), 50 Stück Rehwild (14 Böcke), 15 Stück Auerwild (3 Hähne), 18 Stück Birkwild (3 Hähne), ferner Feld- und Schneehasen, Hasel- und Schneehühner, Füchse und Marder. Der Abschuss wird alle Jahre festgestellt; heuer kommen für den Abschuss 6 Hirsche, 8 Rehböcke, 24 Kahlwildstücke, 2 Auerhähne, 12 Gamsböcke, 4 Gamsgeissen (gelte) und 2 Birkhähne in Betracht. Die Jagdaufsicht besorgen die Forstleute der Gemeinde Wien; die Haltung eines eigenen Jägers ist nicht notwendig. Auskünfte über diese Jagdverpachtung erteilt die Rechtsabteilung des Betriebes "Wasserversorgung", Grabnergasse 6, wo auch die Bedingungen erhältlich sind. Angebote sind bis längstens 31. März einzubringen.

.....

## Fremde besichtigen das Wiener Rathaus.

Von den Fremden, die Wien besuchen und dessen Sehenswürdigkeiten besichtigen, wird meist das Wiener Rathaus, das zu den bekanntesten und schönsten Gebäuden Wiens zählt, aufgesucht. Die Rathausverwaltung hat dafür vorgesorgt, dass die Gäste die Sitzungs- und Festsäle des Rathauses in Führungen unentgeltlich besichtigen können. Nach dem vorliegenden Bericht haben im Jänner insgesamt 307 Besucher die Sitzungs- und Festsäle des Rathauses besichtigt; darunter waren 18 Einzelbesucher und 12 Reisegruppen mit zusammen 289 Personen. Die Besucher stammen aus den österreichischen Bundesländern, aus Deutschland, Ungarn, Italien und aus der südafrikanischen Union.

.....

## Mütterschule der Stadt Wien.

Am Donnerstag, den 2. März, beginnt ein neuer Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum in einem Säuglingsheim. Der Kurs dauert sechs Wochen und wird jeden Dienstag und Donnerstag von 15 Uhr 30 bis 17 Uhr 30 an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3, abgehalten. Anmeldungen in der Schulkanzlei, Fernsprecher B 25-4-19.

.....

## Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Mittwoch, den 22. Februar, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

48

Wien, am 18. Februar 1933

## 596 Konfessionsänderungen im Dezember 1932.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden im vergangenen Dezember an den Wiener Magistrat 596 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet; das sind um 20 Anzeigen weniger als im vergangenen November und um 23 Anzeigen weniger als im Dezember 1931. Im Berichtsmonate zeigten 371 Personen ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche, 85 ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 401 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

.....

## Keine Sammlungen für die Wiener Berufsfeuerwehr.

In den letzten Wochen entfalten Wiener freiwillige Feuerwehren, die meist gar nicht mehr Löschdienst leisten, eine rege Sammeltätigkeit. Diese wird von Personen ausgeübt, die in der Uniform der Berufsfeuerwehr von Haus zu Haus gehen und Eintrittskarten für Faschingsveranstaltungen zum Kauf anbieten oder um Spenden ersuchen. Die Direktion der Wiener Berufsfeuerwehr macht auf diesen Missbrauch aufmerksam und teilt mit, dass sie selbstverständlich keine Sammlungen durchführt; Personen, die sich als Sammler für irgendeine Veranstaltung der Berufsfeuerwehr ausgeben, sind daher als Schwindler der Polizei zu übergeben.

.....

## Keine neue Markthalle in Favoriten.

Dem Magistrat ist kürzlich ein Ansuchen um Umwandlung einer grossen stillgelegten Metallgiesserei in der Quellenstrasse in Favoriten in eine Markthalle überreicht worden. Gegen dieses Projekt haben alle kaufmännischen Körperschaften Stellung genommen. Heute, Samstag, sprach nun eine Abordnung von Favoritner Geschäftsleuten unter Führung des Handelskammerrates Friedmann beim amtsführenden Stadtrat Honay vor; die Abordnung verwies auf die schwierige Lage der Kaufmannschaft des Bezirkes und ersuchte um Ablehnung des Ansuchens, da sonst eine schwere Schädigung aller Favoritner Geschäftsleute eintreten müsste. Amtsführender Stadtrat Honay erwiderte, eine Baubewilligung für dieses Projekt werde nicht erteilt werden, weil Markthallen und offene Märkte nur auf Grund von Marktrechten betrieben werden können. Ein solches Marktrecht besitze jedoch nur die Gemeinde; an private Unternehmer könne es nicht verliehen werden. Die Abordnung dankte für diese Mitteilung und ersuchte mit Berufung auf die geringen Umsätze der bestehenden Geschäfte auch um Verhinderung der Errichtung von Verkaufshallen, Kiosken und dergleichen, da bei der so stark gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung ein Bedarf für neue Geschäfte nicht gegeben sei. Amtsführender Stadtrat Honay erklärte, er kenne die Not des Gewerbestandes und werde nach Möglichkeit dem vorgebrachten Wunsche entsprechen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 49

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 18. Februar 1933.

---

## Auflegung der Bürgerliste.

Die Bürgerliste liegt gegenwärtig bis einschliesslich 28. Februar an Werktagen von 15 Uhr bis 19 Uhr und an Sonntagen von 9 Uhr bis 12 Uhr bei den Bezirkspolizeikommissariaten und bei den magistratischen Bezirksämtern zur allgemeinen Einsicht auf. Während der Auflegungsfrist können in den Auflegungsstellen Erinnerungen wegen Nichtaufnahme von Wahlberechtigten oder Aufnahme von Nichtwahlberechtigten eingebracht werden. Eine Verpflichtung zum Anschlusse der für die Begründung der Erinnerungen erforderlichen Dokumente besteht nicht, jedoch ist es im Interesse einer rascheren Erledigung gelegen, die Dokumente anzuschliessen oder wenigstens in den Auflegungsstellen vorzuweisen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

50

Wien, am 20. Februar 1933

## Die Explosionskatastrophe in Neunkirchen.

### Bericht der Direktion der Wiener städtischen Gaswerke im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen.

Der Direktor der Wiener städtischen Gaswerke, Ingenieur Menzel, erstattete heute dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen über die Explosionskatastrophe in Neunkirchen einen Bericht, in dem er ausführte:

Die folgenschwere Gasbehälterexplosion in Neunkirchen ereignete sich nicht in dem dortigen Gaswerk, sondern in einem Eisenhüttenwerk, dem eine Kokerei und eine Benzolfabrik angegliedert sind. Die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke war selbstverständlich sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe bemüht, so bald wie möglich Kenntnis von der Ursache dieses Ereignisses zu erhalten.

Nach den von sachkundiger Seite eingeholten Mitteilungen traten während der fast zweijährigen Benützung des Gasbehälters keine Betriebsstörungen auf. Der Behälter war auch am Tage der Explosion in Betrieb; zur Zeit der Explosion waren in dem 120.000 Kubikmeter fassenden Gasbehälter 15.000 Kubikmeter Gas gestapelt.

An den Vortagen wurde an der Gaszuleitung und Gasableitung des Behälters und an einer Gasumgangsleitung, die an dem Behälter vorbeiführte, gearbeitet. Ferner waren am Tage des Unglücks in dem Schacht der von dem Behälter das Gas **wegführenden** Rohrleitung Arbeiten im Gange. Von diesem Schacht **ging** die Umgangsleitung zum Gaseingangsrohr; diese Umgangsleitung war gesperrt und sollte **gasleer** sein. Während der Arbeiten in diesem Schacht erfolgte um 18 Uhr eine Explosion, die eine Zertrümmerung der Leitungsteile im Schacht und dadurch eine gewaltige Gasausströmung zur Folge hatte. Die entstandene Flammensäule brannte längs des Behältermantels fast bis zur Höhe des Behälterdaches. Einige Minuten nach dieser Explosion im Schacht erfolgte eine zweite Explosion, die zur Zertrümmerung des Behälters führte.

Die Arbeiten an den Gasleitungen im Schacht wurden ohne Beaufsichtigung durch einen Ingenieur oder einen Werkmeister ausgeführt. Die Einvernahme des einzig überlebenden Arbeiters, der an diesen Arbeiten beteiligt war, brachte zwar noch keine volle Klarheit über alle Vorgänge, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, dass in der Umgangsleitung, aus der die Arbeiter einen Blindflansch zu entfernen hatten, nicht Luft, sondern ein explosives Gasluftgemisch war. Da auch die Möglichkeit zugegeben wurde, dass sich die Arbeiter bei ihrer Arbeit im Schacht einer Lötlampe bedienten, dürfte durch diese das Gasluftgemisch in der Umgangsleitung zur Zündung gebracht worden sein, wodurch auch die anschliessende gasführende Leitung von 500 Millimeter Durchmesser zertrümmert wurde. Das aus der Gaszuleitung zum Behälter nunmehr ausströmende Gas wurde durch die Explosion gezündet und so entstand eine mächtige Flammensäule längs des Behältermantels. Durch diese Flamme ist offenbar eine sehr starke Erhitzung der Mantelbleche eingetreten; die Dichtung zwischen Behälterscheibe und Mantel wurde unwirksam, so dass nunmehr **Gas** auch in den



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweites Blatt

Wien, am 20. Februar 1933

über der Scheibe gelegenen Luftraum austreten konnte. Es entstand auch über der Behälterscheibe ein explosives Gasluftgemisch, das durch die hochragende Flamme zur Entzündung gebracht wurde und zur Explosion des Behälters führte. Daraus ergibt sich, dass nicht der Gasbehälter die unmittelbare Ursache der Katastrophe war, sondern ein Zündschlag, der in der nächsten Nähe des Gasbehälters durch eine unsachgemässe Arbeitsausführung entstanden war.

Ueber die Vorkehrungen, um ein ähnliches Vorkommnis in Wien zu verhüten, erklärte Direktor Menzel, dass Gasbehälter und Gasleitungen völlig ungefährlich sind und jede Explosionsgefahr ausschliessen, solange nicht der Eintritt atmosphärischer Luft in diese Anlagen und explosive Gasluftgemenge ermöglicht werden. Werden derartige Anlagen aus irgendwelchen Gründen ausser Betrieb genommen, so geschieht dies bei den Wiener Gaswerken unter allerstrongster Bedachtnahme darauf, dass die Bildung eines explosiven Gasluftgemisches ausgeschlossen bleibt. Es wird daher vor allem vorgesorgt, dass die in solchen Anlagen nach deren Ausserbetriebnahme noch vorhandenen Gasmengen restlos entfernt werden und ein Nachströmen von Gas durch geeignete Vorkehrungen unter allen Umständen verhindert wird. Selbstverständlich werden solche Arbeiten ausnahmslos unter der Aufsicht und in Anwesenheit eines sachkundigen Beamten durchgeführt. Dass die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke das Neunkirchner Ereignis zum Anlass nahm, allen in Betracht kommenden technischen Beamten und Arbeitern erneuert und nachdrücklichst die strengste Beobachtung aller bei der Durchführung solcher Arbeiten unerlässlichen Sicherheitsmassnahmen in Erinnerung zu bringen, ist selbstverständlich.

In Europa und in den Ueberseeländern bestehen mehr als 300 Gasbehälter von der Bauart des Neunkirchner Behälters, die einen Gesamtvolumen von mehr als 25 Millionen Kubikmetern haben. Mit Ausnahme des Neunkirchner Behälters ist kein solcher Behälter durch eine Explosion zerstört worden. Ganz abgesehen davon, dass die örtlichen und sonstigen Verhältnisse im Neunkirchner Eisenwerk als besonders ungünstig zu bezeichnen sind, kann festgestellt werden, dass für Wien kein Anlass zu einer Beunruhigung gegeben ist.

.....

## Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt tritt am kommenden Donnerstag um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

51

Wien, am 21. Februar 1933

## Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinde Wien.

### Grosse Aufträge an die Steinindustrie.

Der Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten hat gestern den Abschluss von Verträgen zur Sicherstellung der Lieferung von Baumaterialien im Gesamtausmass von rund 5'8 Millionen Schilling beschlossen. Unter den Bestellungen sind Aufträge im Ausmass von 1'1 Millionen Schilling an die Matthausner und Schremser Steinindustrie; diese Bestellungen stellen den Restbedarf für das im Rahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge im Herbst 1932 durch die Gemeinde Wien in Angriff genommene und bis 31. Juli dieses Jahres durchzuführende ausserordentliche Strassenbauprogramm dar. Ausserdem sind an die Zement-, Gips- und Kunststeinindustrie, an eine Reihe von Tischlerfirmen und an Erzeuger von Gips- und Zementschlackenplatten grössere Lieferungen übertragen worden. Heuer hat die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten bereits Aufträge auf Lieferungen von Baumaterialien im Gesamtbetrage von 8'8 Millionen Schilling vergeben.

.....

### Zusammenlegung der magistratischen Bezirksämter für den 14. und 15. Bezirk.

Im Zuge der von der Gemeindeverwaltung seit Jahren betriebenen Verwaltungsreform soll demnächst ein bedeutender Schritt durch die Zusammenlegung der magistratischen Bezirksämter für den 14. und 15. Bezirk gemacht werden. Die Möglichkeit der Aufstellung eines magistratischen Bezirksamtes für zwei benachbarte Bezirke ist schon in der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien vorgesehen. Die erwähnte Zusammenlegung ist von langer Hand vorbereitet. Eine Anzahl von Fachabteilungen der beiden Bezirke, wie die Bauamtsabteilungen, die Veterinärabteilungen, die Marktamtsabteilungen und die Abteilungen für den Einhebungsdienst sind schon zusammengelegt. Die nunmehrige Zusammenlegung der Bezirksämter selbst wird weitere Ersparungen an Personal- und Sachaufwand ergeben, während Nachteile für die Parteien nicht zu besorgen sind, da die beiden Bezirksämter ja schon heute im gleichen Gebäude untergebracht sind. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser hat heute die Wiener Landesregierung die Verordnung beschlossen, die gemäss der Gemeindeverfassung für die Zusammenlegung der beiden Aemter notwendig ist.

.....

### Wieder Schnee in Wien.

Der neuerliche Schneefall macht natürlich wieder umfassende Schneesäuberungsarbeiten notwendig. Zur Durchführung dieser Arbeiten hat der städtische Strassenpflegebetrieb heute 947 städtische Strassenarbeiter und 2.485 Arbeitslose herangezogen. Für die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr wurden heute 259 Pferdeschneepflüge, 37 Pferdefuhrwerke und 10 Lastkraftwagen verwendet. Die städtischen Strassenbahnen stellten zur Freimachung der Gleise 36 Motorschneepflüge in den Dienst.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

52

II. Ausgabe.

Wien, am 21. Februar 1933.

## Die Verhandlungen mit dem Personal der Strassenbahnen abgeschlossen.

Am 20. Jänner hat die Gemeinde die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt, dass bei der Strassenbahn für das Jahr 1933 ein so grosser Gebarungsabgang zu erwarten ist, dass er die regelmässige Auszahlung der Gehalte und Löhne gefährdet. Die Gemeinde hat mitgeteilt, dass sie sich leider gezwungen sehen wird, eine Tarifierhöhung vorzunehmen, dass sie aber auch an das Personal herantreten müsse, um eine Senkung der Gehalte und Löhne herbeizuführen, und dass die Strassenbahn nicht mehr in der Lage sein werde, den städtischen Angestellten die bisherigen Fahrbegünstigungen zu belassen.

Die Verhandlungen, die seit dieser Veröffentlichung, also einen Monat lang, geführt wurden, sind nunmehr zum Abschluss gelangt. Das Personal hat weitgehendes Entgegenkommen bewiesen. Die Bediensteten der Strassenbahn haben sich entschlossen, eine sechsprozentige Kürzung ihrer Bezüge und eines Teiles der Zulagen als Krisenopfer zuzugestehen. Bisher hat das Unternehmen für sie auch die Einkommensteuer getragen. Sie haben nunmehr zugestimmt, künftig  $\frac{2}{3}$  der Einkommensteuer selbst zu bezahlen. Die gesamte Personallast für die Bediensteten der Strassenbahn wird dadurch um 5,9 Prozent gesenkt.

Die Beamten der Strassenbahn haben sich einverstanden erklärt, dass der Bezug der Verwendungszulagen, die an achtzig Prozent aller Beamten zur Auszahlung gelangten, eingestellt werde und dass von allen Gebührenpauschalien, die infolge der langen Betriebszeit bei der Strassenbahn notwendig sind, gegenüber dem Vorjahr insgesamt 20 Prozent gestrichen werden. Ferner werden die Gehalte der Beamten um drei einhalb Prozent gekürzt. Die Kürzung wird zur Gänze bei den Sonderzahlungen hereingebracht. Auch die Bezüge der pensionierten Beamten werden um sechs Prozent vermindert. Sowohl bei den Bediensteten als bei den Beamten wird, da in beiden Gruppen infolge der Verkehrsverminderung Personalüberstände bestehen, ein Teil der Gehaltssenkung durch Gewährung von freien Tagen vergütet, sodass also die Massnahmen zugleich als Kurzarbeit wirken, durch die ein Abbau der Personalüberstände vermieden werden soll.

Gleichzeitig soll die Reform der Pensionskasse der städtischen Kollektivverträger, in der die Strassenbahnbediensteten den grössten Teil der Mitgliedschaft ausmachen, durchgeführt werden. Das ist notwendig, weil die Strassenbahn nicht mehr in der Lage ist, wie bisher dieser Kasse grosse Zuschüsse zu leisten. Die Ordnung der finanziellen Verhältnisse der Pensionskasse erfordert Beihilfe sowohl der aktiven Mitglieder wie der Pensionisten und der Unternehmungen selbst. Die Unternehmungen werden zur Reform der Pensionskasse dadurch beitragen, dass die drei grossen Unternehmungen der Stadt, Strassenbahn, Gaswerk und Elektrizitätswerk, jährlich je 700.000 Schilling zum Pensionsaufwand beitragen, und zwar solange, bis die Hälfte des Aufwandes für die Altpensionisten damit gedeckt ist. Sodann übernehmen die Unternehmungen fortlaufend die Zahlung des halben Aufwandes für die Altpensionisten. Die aktiven Mitglieder sollen zur Konsolidierung der Kasse die Gehaltserhöhung bei jeder Zeitvorrückung abzüglich der Pensionsbeiträge ein Jahr hindurch an die Kasse einzahlen. Die Unternehmungen haben die gleiche Verpflichtung für jede Gruppenüberreihung übernommen. Die Pensionisten der Kasse haben bisher schon von ihren Bezügen einen Abstrich von drei Prozent erfahren. Sie sollen nun, um die Kasse und damit ihre Pensionen für die Zukunft sicherzustellen, einen Beitrag von weiter-



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

ren fünf Prozent übernehmen, sodass sich in Hinkunft eine achtprozentige Kürzung der Pensionen ergibt. Dieser neue Beitrag soll jedoch bei allen Pensionen unter 170 Schilling monatlich nicht wirksam werden, wenn die Pensionspartei Familienerhalter ist. Ferner soll auch bei alleinstehenden Pensionsparteien keine weitere Kürzung erfolgen, wenn der Bezug 100 Schilling im Monat nicht übersteigt. Bei künftigen Pensionierungen kann die achtprozentige Kürzung vermindert werden, wenn der pensionsberechtigte Angestellte über seine jetzige Dienstzeit hinaus dient, und zwar für jedes Jahr um 1'6 Prozent. Dadurch soll vermieden werden, dass die Zahl der Pensionsparteien so wächst, dass die Kasse neuerlich gefährdet wird. Alle Kürzungen mit Ausnahme der Pensionskürzungen der Bediensteten gelten als Krisenmassnahmen nur bis Ende 1933. Die Gemeinde nimmt ferner in Aussicht, die Zahlung für die Arbeitslosenfahrtscheine, für die bisher 50.000 Schilling im Budget eingestellt sind, in bedeutendem Ausmasse zu erhöhen. Eine Vorlage bezüglich der Kürzung der Fahrbegünstigung der städtischen Angestellten und der Angehörigen der Strassenbahnangestellten wird den Gemeinderatskörperschaften ebenfalls vorliegen. Für die städtischen Funktionäre (Gemeinderäte, Bezirksvorsteher, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Fürsorgeinstitutsvorsteher und deren Stellvertreter) wird die bisherige Freifahrt eingestellt.

Es ist anzuerkennen, dass es gelungen ist, die für die Entlastung der Strassenbahn und der Pensionskasse notwendigen Massnahmen im vollen Einvernehmen mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen abzuschliessen und durchzuführen. Die Zuführung von neuen Mitteln für die Strassenbahn, die ebenso notwendig sind, erfolgt durch eine Regulierung der begünstigten Tarife der städtischen Strassenbahnen. Nach dem neuen Tarif bleibt der Tagesfahrtschein von 32 Groschen unverändert, der Preis des im Vorverkauf erhältlichen Tagesfahrtscheines wird von 30 auf 31 Groschen erhöht, die anderen Einzelfahrtscheine um 2 Groschen je Fahrt verteuert. Der Preis der Wochenkarte wird von 1 Schilling 90 Groschen auf 2 Schilling 10 Groschen, der Streckenkarten von derzeit 13, 16 und 19 Schilling auf 15, 18 und 21 Schilling, der Monatsnetzkarte von 32 auf 35 Schilling und der "4 Tage Wien Karte" von 5 auf 6 Schilling erhöht. Im Autobusbetrieb wird der Fahrpreis für jede Kartengattung um 5 Groschen erhöht; beim Nacht-tarif soll jede Teilstrecke künftig 25 Groschen kosten.

Diese Massnahmen werden in den Gemeinderatskörperschaften am Mittwoch, Donnerstag und im Gemeinderat selbst am Freitag zur Beschlussfassung gelangen.

.....

## Die Grippe in Wien.

Seit dem letzten Bericht über die Zahl der Grippekranken in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten ist die Zahl der Erkrankungen an Grippe gesunken. Heute befinden sich in allen Wiener öffentlichen Krankenanstalten insgesamt 273 Grippekranke, während am 13. Februar in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten 314 Grippekranke waren.

.....

## Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am kommenden Freitag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

53

Wien, am 22. Februar 1933.

## Neuerlicher Schneefall in Wien.

Umfassende Schneesäuberungsarbeiten. - Fast 6.000 Arbeitslose bei der Schnee-  
abräumung beschäftigt. - Der gesamte maschinelle Wagenpark in Verwendung.

Heute setzte in den ersten Morgenstunden wieder ein heftiger Schneefall ein. Der städtische Strassenpflegebetrieb und die städtischen Strassenbahnen ergriffen daraufhin sofort alle zur Sicherung des Fuhrwerks- und Strassenbahnverkehrs notwendigen Massnahmen. Der städtische Strassenpflegebetrieb stellte bereits in den Morgenstunden 3.610 Arbeitslose ein, die mit 939 städtischen Strassenarbeitern die Schneesäuberungsarbeiten aufnahmen. Ausserdem wurden für die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr 231 Pferdeschneepflüge, 12 Autoschneepflüge, 99 Pferdefuhrwerke und 27 Lastkraftwagen verwendet. Die städtischen Strassenbahnen nahmen zur Freimachung des Gleisnetzes 2.000 Arbeitslose auf und stellten 296 Motor- und 10 Autoschneepflüge, also den gesamten maschinellen Wagenpark, in den Dienst.

.....

## Grosse Bestellungen für die Wiener Feuerwehr.

Bedeutende Arbeitsaufträge für die heimische Industrie.

Der Bedarf an Schläuchen für die Wiener städtische Feuerwehr musste in früheren Jahren im Ausland gedeckt werden, weil die inländischen Unternehmungen den geforderten Qualitätsschlauch nicht erzeugten. Auf Anregung der Branddirektion wurden vor einigen Jahren heimische Betriebe eingeladen, die Erzeugung von Rohhanfschläuchen aufzunehmen. Eine Reihe von Unternehmungen hat sich nun auf die Erzeugung dieser Schläuche eingestellt; diese von den inländischen Firmen erzeugten Schläuche sind heute bereits in Güte und Druckfestigkeit den ausländischen Fabrikaten ebenbürtig. Auf Antrag des Gemeinderates Stubianek hat nun am letzten Montag der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, 16.000 Meter Druckschläuche bei inländischen Unternehmungen zu bestellen. Durch diese Bestellung ist die Weiterführung der heimischen einschlägigen Betriebe für das heurige Jahr gesichert. In der gleichen Sitzung wurden ausserdem grössere Aufträge an Wiener Automobilfabriken vergeben. Es handelt sich um Bestellungen verschiedener Löscheräte, Zillenwagen und Um- und Aufbauten an Kraftwagen für die Wiener Berufsfeuerwehr. Der Gesamtaufwand beträgt 143.250 Schilling.

.....

## Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt übermorgen, Freitag, um 16 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

54

Wien, am 23. Februar 1933

## Die Schneesäuberungsarbeiten.

In Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten beschäftigte heute der städtische Strassenpflegebetrieb 4.510 Arbeitslose und 931 städtische Strassenarbeiter. Ausserdem standen bei der maschinellen Schneesäuberung und Schneeabfuhr 87 Pferdeschneesplüge, 282 Pferdefuhrwerke und 58 Lastkraftwagen in Verwendung.

.....

## 1.026 Trauungen im Dezember 1932 in Wien.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden im vergangenen Dezember in Wien 1.026 Trauungen vollzogen; das sind um 175 weniger als im vergangenen November und um 220 weniger als im Dezember 1931. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden 578, vor der politischen Behörde 252 Ehen geschlossen.

.....

## Verpachtung der Gemeindejagd Brunngraben.

Die Magistrats-Abteilung 34 a (Städtischen Wasserversorgungsbetrieb) verpachtet für die Zeit vom 16. Mai 1933 bis 31. Dezember 1937 die Eigenjagd Brunngraben der Gemeinde Wien. Das Jagdgebiet ist zwei Kilometer von Gusswerk bei Mariazell entfernt; es hat ein Ausmass von rund 600 Hektar und liegt in Höhen von rund 600 bis 1.100 Metern. Das Jagdgebiet ist leicht zugänglich und hat an Wildstand 15 Stück Hochwald, 30 Stück Rehwild, 40 Stück Gemswild, 8 bis 10 Stück Auerwild, Feldhasen, Alpenhasen und Haselhühner. Der Abschuss wird alle Jahre festgestellt; heuer kommen für den Abschuss 2 Hirsche, 1 bis 2 Stück Kahlwild, 4 bis 5 Rehböcke, 3 Gamsböcke und 1 bis 2 Auerhähne in Betracht. Die Jagdaufsicht besorgen die Forstleute der Gemeinde Wien; die Haltung eines eigenen Jägers ist nicht notwendig. Die mit der Jagd verbundenen Nebenspesen sind gering. Auskünfte über diese Jagdverpachtung erteilt die Rechtsabteilung des Betriebes "Wasserversorgung", Grabnergasse 6, wo auch die Bedingungen für diese Jagd erhältlich sind. Anbote sind bis längstens 15. April einzubringen.

.....

## Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Am 3. März beginnt an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule, Brückengasse 3, ein Diätkochkurs, der sechs Abende umfasst. Auskünfte in der Schulkanzlei; Fernsprecher B 25-4-19.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

55

Wien, am 24. Februar 1933.

## WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 24. Februar 1933.

Bgm. Seitz eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags.

Ohne Debatte werden erledigt Anträge betreffend Bewilligung eines Ehrenpreises für den Albert-Düßerbund im Betrag von S 500 betreffend den Bau von Hauptunratskanälen im X. Bezirk, ferner Flächenwidmungs- und Bauungspläne für den XXI. und XI. Bezirk.

Vizebgm. Emmerling referiert über die Abänderung der Tarifbestimmungen für die Strassenbahn, Stadtbahn und den Autobus sowie die einschlägigen Anträge, über den Antrag betreffend die Einstellung der Fahrbegünstigungen für Gemeindefunktionäre und über einen heute als Nachtrag vorliegenden Antrag, die den Angehörigen der Angestellten und Bediensteten der städtischen Strassenbahnen und den Pensionisten der städtischen Strassenbahnen zuerkamte Fahrpreisermässigung dahin abzuändern, dass die Fahrpreisermässigung für Frühfahrtscheine und für Zeitkarten mit 33 1/3 Prozent, für Fahrtscheine im Tarifgebiet II mit 33 1/3 Prozent von den Preisen der Schaffnerfahrtscheine und der Tagesfahrpreis im Tarifgebiet I mit 20 Groschen festgesetzt wird und dass diese Bestimmungen für die Angehörigen am 1. März, für die Pensionisten am 1. April 1933 in Kraft treten.

Vizebgm. Emmerling erinnert daran, dass er sowohl anlässlich der Beratungen des Rechnungsabschlusses für 1931 als des Vorschlages für 1933 kein Hehl daraus gemacht habe, dass es im Jahr 1933 unbedingt notwendig sein wird, durch tarifarische und sonstige Massnahmen den Haushalt der Strassenbahn in Ordnung zu bringen. Wir haben im Jahr 1929 die letzte Tarifierhöhung von 28 auf 32 Groschen für den Tagesfahrtschein vorgenommen und haben damals angenommen, dass sich wesentliche Änderungen in der Frequenz nicht mehr ergeben werden. Die katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage hat alle unsere Berechnungen über den Haufen geworfen. Im Jahre 1929 gab es 82.000 Arbeitslose in Wien, im Jahre 1933 gibt es 160.000. Das bedeutet Millionenverluste für die Strassenbahnen. Wenn wir für das Jahr 1933 einen durchschnittlichen weiteren Frequenzrückgang von 9 Prozent annehmen, so ergibt sich gegenüber dem Jahr 1929 ein Frequenzrückgang von nicht weniger als 30 Prozent. Dass sich der Frequenzrückgang bei uns nicht so stossweise wie z. B. in Deutschland vollzog und dass er einigermaßen aufgehalten wurde, ist dem Umstand zu verdanken, dass unser Tarif ein sozialer Tarif ist (Lachen und Widerspruch bei den Chr. soz. und Nat. soz.) Unser Tarif ist der sozialste, den irgendeine Grossstadt hat. Man sagt uns immer, wir sollen einen Kurztarif einführen, Da muss festgestellt werden, dass nicht wir, sondern schon die frühere Verwaltung den Kurzstreckentarif aufgehoben hat, dass wir also das Tarifsystem übernommen und es nur ausgebaut haben. Nach Ansicht erfahrener Tarifeure wäre in der Zeit sinkender Frequenz der Uebergang zum Kurzstreckentarif ein Sprung ins Dunkle und das finanzielle Effekt wäre gleich Null. Es wäre auch uns natürlich angenehmer und es wäre auch einfacher gewesen, es bei den bestehenden Begünstigungen zu belassen und nur die Tagesfahrkarten zu erhöhen. Darin liegt aber eine grosse Gefahr, da wir aus unseren Erfahrungen vom Jahre 1929 wissen, dass sich die Abwanderung zu den begünstigten Tarifen vor allem vom Tagesfahrtschein vollzieht. Wir haben uns daher entschlossen, die begünstigten Fahrkarten zu erhöhen und zwar ungefähr um 2 Groschen pro Fahrt.

Der Durchschnittsfahrpreis der jetzt 22'08 Groschen beträgt, wird durch die Erhöhung auf 22'96 Groschen steigen, das ist eine mässige Erhöhung. Wir erwarten uns von den tarifarischen Massnahmen ein Mehrertragnis von 3 1/2 Millionen. Vizebgm. Emmerling erörtert sodann die beantragten tarifarischen Änderungen für den Autobus und ersucht die beantragten Änderungen anzunehmen (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit).

St. R. Kunschak (chr. soz.) verweist darauf, dass seit Jahren die Bilanz der Strassenbahnen sehr bedeutende Abgänge aufweist. Ich habe schon anlässlich der Budgetdebatte darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Zustand ganz unhaltbar ist, und habe auch darauf hingewiesen, dass die uns vorgelegte Bilanz und Bedeckung eine Unwahrheit darstellt, weil auf das Defizit



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

der Strassenbahn, für das die Gemeinde haftbar ist, darin keine Rücksicht genommen wird. Der Finanzreferent hat damals kein Wort der Aufklärung hinsichtlich der Bilanz der Strassenbahn gesagt. Man durfte daraus den Schluss ziehen, dass man den finanziellen Skandal bei der Strassenbahn auch im Jahr 1933 fortzusetzen gedenkt, und wurde in dieser Annahme dadurch bestärkt, dass der Antrag gestellt wurde, das voraussichtliche Defizit wieder auf neue Rechnung zu übertragen. Unterdessen scheinen den Herren der Mehrheitspartei aber doch die Grausbirnen aufgestiegen zu sein und sie haben sich entschlossen, an eine Sanierung der Strassenbahnen heranzutreten. Nach den und vorliegenden Ergebnissen muss man allerdings feststellen, dass sie sich dabei nicht besonders abgestrenzt haben. Sie haben den denkbar einfachsten Weg gewählt, der aber durchaus nicht der vernünftigste ist, einfach die Tarife zu erhöhen und die Erhöhung solange fortzusetzen, bis das gewünschte Ergebnis herauskommt. Wenn man berücksichtigt, wie grossprecherisch sie da waren, so ist das Ergebnis doch ein wenig blamabel für sie. Die Erhöhung ist eine sehr gründliche. Von einem sozialen Einschlag in den Tarif ist im Gegensatz zur Behauptung des Referenten sehr wenig zu spüren und soweit solche Merkmale vorhanden sind, wurden sie von der früheren Verwaltung übernommen. Den ermässigten Frühfahrtschein hat es auch früher gegeben und sie haben sich keine Mühe gegeben, den Tarif mit sozialem Geist weiter zu erfüllen, wozu sie eigentlich verpflichtet wären, da sie an den Tarifen der früheren Verwaltung kein gutes Haar gelassen haben. Wie gründlich die Tarife der Strassenbahnen innerhalb der letzten Jahre erhöht worden sind, ergibt sich daraus, dass sich innerhalb 8 Jahren erhöht haben; die Kinderfahrtscheine beim Schaffner um 300 Prozent, die Kinderfahrtscheine im Vorverkauf um 600 Prozent, die Schülerfahrtscheine um 200, die Frühfahrtscheine um 91, die Tagesfahrtscheine um 93 3/4, die Hin- und Rückfahrtscheine um 79'59, die Wochenkarten um 82'6, die Zeitkarten um 94'9, die Monatskarten und Netzkarten um den gleichen Prozentsatz, die Streckenkarten für zwei Teilstrecken um 108 1/3, für 3 bis 5 Teilstrecken um 96 und darüber hinaus um 91 Prozent. Diese Erhöhungen können sich schon sehen lassen und sie gewinnen noch dadurch an niederdrückender Wucht, dass die Verhältnisse von heute sich gegenüber jenen vom Jahre 1924 katastrophal verschlechtert haben. Solche Tatsachen nimmt man einfach zur Kenntnis. Wir sind aber nicht in der Lage den Antrag unsere Zustimmung zu erteilen, sondern müssen gegen die beabsichtigten Massnahmen den allerschärfsten Einspruch erheben.

Wie ist es nun zu dem ungeheuren Defizit der Strassenbahn gekommen. Da gibt die Strassenbahn an Arbeitslose im Jahr rund 50,000.000 Freifahrtscheine aus und bekommt dafür von der Gemeinde jährlich 50.000 S. Gegen diese Begünstigung wird niemand eine Einwendung erheben. Aber die Kosten hierfür wären von der Gemeinde zu bezahlen. Denn die Strassenbahn ist kein Wohlfahrtsunternehmen, sie hat auch keine sozialen Pflichten zu erfüllen, sie ist ein Geschäftsunternehmen, das so geführt werden muss, da das Verkehrsbedürfnis befriedigt und die Bevölkerung nicht übermässig belastet wird. Die Strassenbahn müsste daher für die Leistungen an die Arbeitslosen voll entschädigt werden. Der Betrag von 50.000 Schilling für 50 Millionen Fahrten ist ein lächerlich geringer Betrag. Die gesamten städtischen Angestellten geniessen Fahrtermässigungen. Auch dagegen ist nichts einzuwenden. Nur müsste man wissen, wer diese Fahrtermässigungen gibt ob die Strassenbahn oder die Gemeinde als Dienstgeberin. Diese Begünstigung bilden einen Bestandteil der Löhne und Gehälter der städtischen Angestellten und eine Kürzung dieser Ermässigungen ist daher eine Lohn- und Gehaltskürzung (Lebh. Beifall b. d. Chr.) Diese Lohnkürzung müsste die Gemeinde tragen nicht aber die Strassenbahn. Die daraus den Strassenbahnen erwachsene Belastung ist eine gigantische. Zu einem grossen Teil ist die schlechte Lage der Strassenbahnen auch auf eine schlechte Betriebsführung zurückzuführen. Eine solche Verlotterung der Intervalle und der Linieninstratierung, wie sie jetzt besteht, spottet einfach jeder Beschreibung (Lebh. Beifall b. d. Chr.)



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am .....

Sie ist nur möglich geworden, weil Sie als sogenannte Demokraten dieses Kapitel der städt. Verwaltung der Kontrolle des Gemeinderates und der Öffentlichkeit entzogen haben. Ich könnte viele Beispiele anführen, das Himmelschreiendste ist wohl die Auflassung der H-Linie über den Ring. Es hat ja keinen Sinn, Ihnen Ihre Sünden vorzuhalten, denn dass Sie inkurabel und unbekehrbar sind, wissen wir ja leider Gottes schon lange. Diese Zustände wirken sich <sup>auch</sup> finanziell ungünstig auf die Strassenbahnen aus, wie jeder feststellen kann, wenn er sich den gänzlich unzulänglichen Strassenbahnverkehr in den Abendstunden ansieht. Vielleicht wird man mir entgegenhalten: Was gehen uns die Leute an, die noch Geld für Theater und Konzerte haben? Vom sozialdemagogischen Standpunkt könnte man so etwas begründen, aber für die Strassenbahnen ergibt sich dadurch ein grosser Einnahmenverlust. (Lebhafte Zustimmung bei den Christl. soz.)

Sehr merkwürdig und aufklärungsbedürftig ist die Tatsache, dass die Kilometernutzleistung fortgesetzt <sup>sinkt</sup> und dabei der Stromverbrauch immer mehr steigt. Von 1928 bis 1931 ist die Kilometerleistung um 17.4 Prozent gesunken und der Stromverbrauch um 45 Prozent gestiegen. (Hört! Hört! bei den Christl. soz.) Da... kann irgend etwas nicht stimmen und ich bitte den Referenten um Aufklärung.

Wann der Referent darauf hingewiesen hat, dass das heutige Trifsystem von der früheren Verwaltung übernommen worden ist, so wirkt eine solche Ausrede geradezu lächerlich. Die Herren haben ja versprochen, alles zu verbessern, was unter den Christlichsozialen schlecht gewesen ist. Die Einführung des Einheitstarifes war natürlich nur ein Versuch und es wurde schon damals ausdrücklich erklärt, dass abzuwarten sein werde, wie sich dieser Versuch finanziell und betriebstechnisch auswirkt. Nun hat sich gezeigt, dass er sich vom Standpunkte der Strassenbahnfinanzen und <sup>des</sup> Verkehrs im Allgemeinen eben ungünstig auswirkt. Damals waren schliesslich auch andere wirtschaftliche Verhältnisse und die Menschen mussten noch nicht jeden Groschen dreimal umdrehen wie heute. Wenn der Referent berechnet hat, dass ein Zwanzig-groschentarif für kurze Strecken im Endeffekt keine Mehreinnahme ergaben würde, ist das doch kein Argument gegen seine Einführung, sondern spricht im Gegenteil für unseren Standpunkt. Wenn Sie aber den Leuten die Möglichkeit bieten würden, von der Peripherie der Stadt bis zum Ring um Zwanzig Groschen zu fahren, würden Sie eine Unmenge Menschen wieder der Strassenbahn zuführen und sicherliche auch Mehreinnahmen erzielen.

Gegen die Reduzierungen der Begünstigungen für Gemeindefunktionäre haben wir nicht das Geringste einzuwenden. Aber es gibt noch einen Kreis von Fahrgästen, deren Fahrbedürfnis durch den Personenkraftwagenverkehr der Gemeinde Wien befriedigt wird. (Beifall bei den Unm. soz.) Auch die obersten Funktionäre der Gemeinde sollen hier ein gutes Beispiel geben. Ich bin gewiss nicht so demagogisch, zu verlangen, dass die Funktionäre der Gemeinde Wien zu Fuss gehen sollen, und ich weiss, dass der Bürgermeister einer Millionenstadt auch Repräsentationspflichten hat. Aber ich habe das Gefühl, dass darüber hinaus zu viele Automobile verwendet werden. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Den Umfang des Zuviel kann ich nicht beurteilen und ich beantrage daher den amtsführenden Stadtrat für Finanzen zu beauftragen, den Umfang des städt. Personenkraftwagenbetriebes der Hebeverwaltung und der städt. Unternehmung <sup>an</sup> auf seine Unerlässlichkeit zu überprüfen und mit den wirtschaftlichen Verhältnissen im allgemeinen und jenen der Gemeinde im Besonderen in Einklang zu bringen. Ueber das Ergebnis ist dem Gemeinderat spätestens in 4 Wochen zu berichten.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

StR. Kunschak schliesst: Meine Partei ist solange ausserstande, Tarifierhöhungen zuzustimmen, als die Tarifpolitik und Verkehrspolitik der Gemeinde nicht in vernünftige Bahnen gelenkt wird. ( Lobhafter Beifall bei den Christl. soz. )

GR. Prink ( chr. soz. ) erklärt, dass die <sup>die</sup> Tarifierhöhung, die der Gemeinderat heute beschliessen soll, eine neuerliche Verschärfung der Krise herbeiführen wird, die durch Ihre Verwaltung, durch Ihr System in Wien hervorgerufen wurde. Diese Tarifierhöhung zeigt aber auch den Zusammenbruch Ihres Systems. Um Ihre Herrschaft hier im Rathaus halten zu können, haben Sie Wahlzuckerl gegeben, <sup>jetzt</sup> von der Bevölkerung honoriert werden sollen. Die Geschenke, die Sie einem Teil der Wiener Bevölkerung gegeben haben, sind immer zu Lasten - in diesem Falle - der Strassenbahn gegangen. Die ausgeblutete Wirtschaft wird nun neuerlich belastet, ohne dass die Hoffnung besteht, dass die geplante Synierung der städt. Strassenbahnen gelingt. Der Strassenbahn <sup>tarif</sup> würde immer als ein Gradmesser der Wirtschaft angesehen; bisher hat noch jede Tarifierhöhung eine Verteuerung des Lebens in Wien zur Folge gehabt und so wird es auch diesmal sein. Die Wiener Bevölkerung, deren Konsumkraft ohnehin schon sehr geschwächt ist, wird neue Opfer auf sich nehmen müssen. Die Tarifierhöhung, die Sie vornehmen wollen, trifft nur die arbeitenden Menschen und deren Familien; die neue <sup>die</sup> Tarifierhöhung ist unsozial ( Beifall bei den Christl. soz. ), weshalb wir sie schon aus diesem Grunde ablehnen müssen.

Der Redner legt der Gemeindeverwaltung nahe, an der Frage des Zonentarifes nicht interesselos vorbeizugehen, und gibt der Meinung Ausdruck, dass durch die Einführung des Zonentarifes bestimmt eine Verstärkung der Frequenz der Strassenbahnen herbeigeführt werden wird. Sie kämpfen gegen den Frequenzzrückgang mit ganz verkehrten Waffen. Für Sie gibt es nur Betriebseinschränkungen und Verlängerung der Intervalle. Alles das sind ganz gegenteilige Massnahmen, um den Frequenzzrückgang aufzuhalten. Dazu kommt noch dass der Wagenpark fast überhaupt nicht zur Reparatur kommt, dass der Zustand der Wagen viel zu wünschen übrig lässt, ja man kann sagen, dass mancher Strassenbahnwagen einem Coloniakübel gleicht. Sie aber sind unbelehrbar, Sie halten an Ihrem System fest und so wird auch der Weg, den Sie gehen zur Katastrophe führen. Wieder zeigt es sich, dass Sie nicht im Stande sind, eine Verwaltung in geregelten Bahnen führen zu können, wieder zeigt es sich, dass infolge der Verlotterung und Ihrer parteipolitischen Umtriebe in den Unternehmungen es unmöglich ist, zu einer geregelten finanziellen Gebarung zu kommen. Die neuen Opfer, die Sie der Bevölkerung jetzt wieder auferlegen wollen, sind ganz nutzlos und wir werden in einiger Zeit wieder im Gemeinderat über Sanierungsmassnahmen beraten müssen. Aus allen diesen Gründen müssen wir daher Ihre Verlagen ablehnen. ( Beifall bei den Christl. soz. )

GR. Dr. Hanke ( ant. soz. ) stellt fest, dass am 22. Dezember des Vorjahres Vizebürgermeister Emmerling die Lage bei den städt. Strassenbahnen besprochen und erklärt hat, dass zur Verminderung des Defizites einschneidende Massnahmen getroffen werden müssen. Am 23. Dezember aber hat die Mehrheit dieses Hauses den Wirtschaftsplan der städt. Strassenbahnen genehmigt, ohne dass jemand etwas von den zu treffenden Massnahmen gewusst hat. Ich kann nur feststellen, dass Ihre Massnahmen nicht nur einschneidend, sondern auch umfassend sind. Sie haben jede Möglichkeit ausgeschöpft. Dies konnten Sie umso leichter tun, da Ihnen im Gegensatz zum Bunde eine willfährige Personalvertretung gegenübersteht, eine Unternehmergewerkschaft, die



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

die Bezeichnung : gelbe verdient. ( Rufe bei den Nat. soz. : Arbeiterverräter. )

Die Mehrheit benimmt sich heute auch nicht anderes als irgend ein Industriekapitän, Bankgewaltiger oder Ersparungskommissär. Sie hat früher gegen Massnahmen gewettert, die sie jetzt selbst trifft. Auf der Einnahmenseite ist ihr nichts anderes eingefallen als das alte Rezept, die Tarife zu erhöhen. Sie geben vor, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten und erhöhen gleichzeitig den Preis der Wochenkarten. Ist das im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft geschehen?

Auf der Ausgabenseite haben Sie die grossartige Entdeckung gemacht, dass man am besten spart, wenn man die Bezüge des Personals abbaut. Da ist nicht der mindeste Unterschied zwischen Ihnen und irgendeinem Kapitalistenknecht. Sie legen ein Kürzungsprogramm mit einer solchen Fülle vor, wie es noch nie da war. Dabei handelt es sich um lauter alterworbene Rechte des Personals. Sie haben immer in aufdringlicher Weise von Ihrer Tüchtigkeit gesprochen. Jetzt könnten Sie einmal Ihre Tüchtigkeit unter Beweis stellen. Können Sie das nichts, so sind Sie nichts als Korvidianten (Lebh. Beifal. b.d. Nat. soz.)

Kein neuer Weg wurde versucht und nicht eine Massnahme getroffen, die dem Frequenzrückgang steuern könnte. Über unsere Anregung wegen Einführung eines Zonentarif ist man einfach hinweggegangen. Die Kürzung des Personalaufwands ist von der grössten Bedeutung, nicht nur für die betroffenen städtischen Angestellten, sondern für die gesamte Beamtenschaft. Die Mehrheit ist auf dem besten Weg, die Gehalte der städtischen Angestellten den Schandlöhnen der Bundesangestellten anzugleichen. Sie bewirken mit Ihren Massnahmen, dass die Hoffnung der Bundesangestellten auf eine Besserstellung, die mit Rücksicht auf das bessere Gehaltsschema der Gemeindeangestellten nicht aufzuhalten gewesen wäre, zunichte wird. Die Mehrheit dürfte unter keinen Umständen personalfeindliche Massnahmen treffen, denn sie gibt ja immer vor, im Namen aller Angestellten und Arbeiter zu sprechen. Heute versucht man, das Defizit der Strassenbahnen zu decken. Wann werden Sie zu der katastrophalen Finanzlage der Gemeinde Stellung nehmen? Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Steuereingänge in <sup>einem</sup> von Ihnen <sup>nicht</sup> erwarteten Mass zurückgegangen sind. Der Voranschlag ist bereits jetzt überholt. Stadtrat Breitner ist wirklich zur rechten Zeit zurückgetreten. Die Situation wird immer unhaltbarer, Wien ist die letzte Verteidigungsstellung, die der Marxismus bezogen hat. In dieses Bollwerk legen Sie durch Ihre personalfeindlichen Massnahmen selbst neue Bresche. Wir sind überzeugt, dass die sozialdemokratische Mehrheit ihr demokratisches Gewissen beruhigen wird, weil sie die Befragung des Volkes scheut. Das Volk von Wien fordert aber Neuwahlen und auf die Dauer werden Sie sich dieser Forderung nicht verschliessen können (Lebh. Beifal. b.d. Nat. soz.)

Bürgermeister Seitz macht darauf aufmerksam, dass nach § 30 der Geschäftsordnung die Verlesung schriftlicher Vorträge nur dem Berichterstatter und den Debatterednern nur die Verlesung kurzer Zitate gestattet ist. Er bittet die Redner, sich an diese Bestimmung wenigstens einigermaßen zu halten.

GR. Pichler (Nat. soz.) bemerkt, es sei bezeichnend, dass VizebÜgm. Emmerlin von den Massnahmen, um die es sich handelt, zuerst die jüdische Presse verständigt hat. Vier Tage vorher tagte der Ausschuss 8, ohne dass man ihm mit einem Worte davon Mitteilung gemacht hätte. Die Massnahmen wurde einfach diktatorisch vom VizebÜgm. im Einvernehmen mit den Strassenbahndirektoren getroffen. Das zeigt, wie recht unser Gauleiter hatte, als er die Vorgänge hier im Gemeinderat als Komödie und Affentheater bezeichnete.

Bgm. Seitz ersucht den Redner, sich zu mässigen.

GR. Pichler weist sodann darauf hin, dass das Defizit der Strassenbahnen nur dadurch entstanden ist, dass ihnen Lasten auferlegt wurden, die ihnen nicht zukommen. Es ist selbstverständlich, dass den Arbeitslosen Freifahrtscheine gegeben werden, aber nicht die Strassenbahnen hätten diese Last zu tragen. Die Gemeinde leistet heute für einen solchen Fahrchein ein Sechstel Groschen. Ebenso unberechtigt ist es, dass die Strassenbahn



# RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

die Fahrpreisermäßigung für die städtischen Angestellten zu tragen hat. Oder was die Strassenbahn für Brückeninstandsetzungen leistet. Für die Friedensbrücke hat sie 2 1/2, für die Augartenbrücke 3 Millionen beigetragen und für die Reichsbrücke soll sie 23 Millionen bezahlen! Auch die Budget anderer Ressorts müssen diese Lasten übernehmen. Was die Schneesäuberung die Strassenbahn angeht, weiss kein Mensch. Dazu kommt, dass die Strassenbahn der Gemeinde eine Unzahl von Personenautomobilen beistellt. Solange alle diese Lasten der Strassenbahn auferlegt werden, ist das Defizit selbstverständlich. Man verteile diese Lasten auf die Budgets der einzelnen Verwaltungsgruppen und das Defizit der Strassenbahnen wird wahrscheinlich gänzlich verschwinden. Was die Fahrpreiserhöhung betrifft, so ist es eine Binsenwahrheit, dass man mit Verteuerungen keine Kunden anlockt, wie das Beispiel der Bundesbahnen zeigt. Der Redner verlangt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der zu überprüfen hätte, wie hoch die Kosten aller Fahrpreisbegünstigungen seit 1918 sind, und ob die geplanten Tarifmassnahmen nötig sind. Eine Überprüfung der übrigen Sparmassnahmen bei der Strassenbahn würde wahrscheinlich ergeben, dass diese Massnahmen auf Kosten der Substanz gehen. Dass die Nationalsozialisten gegen jede Gehalts- und Lohnkürzung von Angestellten sind, ist selbstverständlich. Der Redner wendet sich sodann gegen die Behauptung des ST. R. Speiser, dass die beabsichtigten Personalmassnahmen vom Personal gebilligt werden. In einer Versammlung, die am Mittwoch im alten Rathaus stattgefunden hat, und die von 350 Strassenbahnern aller Parteirichtungen besucht war, wurde der Personalvertretung das Misstrauen ausgesprochen (Hört Hört bei d. Nat.) Bezeichnend ist es auch, dass vor dem Abschluss der Verinbarungen mit dem Personal erklärt wurde, wer dagegen sei, könne nur ein Nationalsozialist sein. Die schlechte Lage der Strassenbahnen wird einfach als Druckmittel für Lohnkürzungen bei allen Gemeindeangestellten benützt. Der Entzug der Begünstigungen für Gemeindefunktionäre ist angesichts des geringen Betrages bei den grossen Beträgen die hereinzubringen sind, eine Augenauswischererei. Wir haben dasselbe verlangt, solange noch keine Tarifierhöhungen geplant waren. Wir beantragen jetzt, dass auch den Bezirksräten die Fahrpreisbegünstigung entzogen werde. Zum Schlusse erinnert der Redner den Bürgermeister an ein Wort, das dieser gesprochen habe, dass er, wenn man ihn zu einer Massregelung zwingen würde, seinen Posten verlassen würde. Wir werden den Nachweis für zahlreiche Terrorfälle städtischen Angestellten gegenüber erbringen und werden den Bürgermeister an sein Wort erinnern (Lebh. Beifall b. d. Nat.)

Bgm. Seitz lädt den GR. Pichler ein, wenn ihm ein Fall bekannt sein sollte, bei welchem nachgewiesen werden kann, dass jemand im Bereich der Gemeindeverwaltung wegen seiner politischen Gesinnung Schaden erlitten hat, ihm diesen Fall sofort bekanntzugeben.

GR. Dr. Zörnlaib (christl. soz.) meint, die Bevölkerung Wiens, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, werde der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung für die vorliegenden Anträge keinen Dank wissen. Diese Anträge beweisen, dass die Leitung eines Unternehmens durch die Sozialdemokratie immer ein wirtschaftliches Debakel zur Folge hat. Wenn ein Privatunternehmer zu einer Preiserhöhung oder Lohnkürzung schreit dann versteht es die sozialdemokratische Partei vorzüglich, ihre Damagogie in den schillerndsten Farben spielen zu lassen, vom kapitalistischen Mammonismus zu reden und sich als Hüterin der ausgebeuteten und bedrohten Bevölkerungsschichten aufzuspielen. Dort aber, wo Sie selbst durch Misswirtschaft ein Unternehmen an den Rand des Abgrundes bringen, sind Ihnen die kapitalistischen Methoden der Preiserhöhung und Lohnkürzung sehr



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

willkommen. Sie haben nur eine andere Ausdrucksweise dafür und bezeichnen sie als Opfer im Interesse der Gesamtheit. Sie appellieren dann in wunderbarer Schauspielerei an die Bevölkerung und sagen, dass man jetzt Opfer im Interesse der Gesamtheit bringen muss. Heute verlangen Sie aber auch von uns Christlichsozialen, die wir an dem Riesendefizit der Strassenbahnen wahrlich unschuldig sind, das Opfer, diesen Opfern der Bevölkerung und den Angestellten zuzustimmen. Wir lehnen das aus drei Gründen ab:

Erstens deshalb, weil Sie bei den Strassenbahnen ganz allein gewirtschaftet haben, ohne auf unsere Einwendungen irgendwie zu hören. Wenn Sie allein alles verwirtschaftet haben, müssen Sie nun auch allein die Verantwortung für die Folgen tragen.

Zweitens lehnen wir Ihre Anträge aus rein wirtschaftlichen Gründen ab, da wir überzeugt sind, dass Ihre Tarifpolitik nicht zu einer Erhöhung der Einnahmen führen kann, sondern dass eine Erhöhung der Tarife bei den jetzigen Verhältnissen im Gegenteil eine Verringerung der Einnahme zur Folge haben muss, da schon der heutige Tarif weit über die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung hinausgeht. Obwohl Sie in Ihrem Programm immer das soziale Moment so hervorheben, finden Sie es nicht einmal der Mühe wert eine neue Tarifpolitik zu versuchen, sondern greifen einfach zu dem bequemeren aber falschen Mittel, Tarifierhöhungen und Lohnkürzungen vorzunehmen.

Drittens aber haben wir auch gar keine Unterlagen, um zu prüfen, ob der jetzt unternommene Sanierungsversuch auch wirklich eine Sanierung und eine aktive Bilanz herbeiführen wird. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Uns liegt nur der Verwaltungsbericht und die Bilanz über das Geschäftsjahr 1931 vor und ich habe den Eindruck, dass diese Bilanz ein wenig frisiert ist. Abgesehen von den Verlustvorträgen der Jahre 1925 bis 1929 und dem Gebarungsabgang von 1931 mit etwas über 70 Millionen sehe ich hier bei der Bewertung der Anlagewerte - Gründe, Gebäude, Maschinen und Werkanlage, Gleisanlagen, Wagenpark, u.s.w. - Millionen Ziffern, an deren Richtigkeit ich nicht glaube, nach meiner Meinung aber auch der Herr Vizebürgermeister Emmerling nicht glaubt. Wenn Sie aber von diesen Ziffern nur 20 Prozent abschreiben, ergibt sich, dass eigentlich das Unternehmerkapital schon zur Gänze verschwunden ist. Dabei dürfte das Bild für das Jahr 1932 noch düsterer sein. Ich will nicht annehmen, dass Sie uns dieses Bild absichtlich noch nicht gezeigt haben, aber eine Art Rohbilanz über das Jahr 1932 hätten Sie uns wohl schon geben können, damit prüfen könnten, ob Ihr Sanierungsversuch überhaupt noch eine Sanierung genannt werden kann. Ich habe als Anwalt Klienten, die weit bessere Bilanzen aufweisen konnten als die städt. Strassenbahnen und doch sehr unangenehme Bekanntschaft mit der zur Strafverfolgung berufenen Behörde machen mussten. Danken Sie Gott, Herr Vizebürgermeister Emmerling, dass Sie Landtagsabgeordneter und als solcher immun sind.

Ich habe nur die Hoffnung, dass Ihre Anträge die Bevölkerung Wiens zur Einsicht bringen werden, dass man mit der sozialdemokratischen Partei nicht nur in der Strassenbahn, sondern überhaupt nicht gut fährt, und dass Sie kein anderes Schicksal verdienen, als aus diesem Saale zu verschwinden. Wir christlichsozialen Mandatäre werden nie davon ablassen, der Wiener Bevölkerung die Wahrheit über Ihre Verwaltung zu sagen und ich bin überzeugt, dass wir - nicht Sie - mit dem Ergebnis Ihrer Tätigkeit bei den nächsten Wahlen zufrieden sein werden. (Beifall bei den Chr. soz.).



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am .....

GR. Dr. Riehl ( nat. soz. ) bezeichnet es als eine der heitersten Erscheinungen der politischen Geschichte Oesterreichs, dass die Sozialdemokraten die wirklichen oder vermeintlichen Fehler der Bundesverwaltung, über die sie sich immer furchtbar aufregen, dort wo sie die Verwaltung selbst führen, genau in der selben Weise machen. Den kommerzialisierten Bundesbahnen werfen sie immer vor, dass sie das Publikum und das Personal nicht genügend berücksichtigen. Bei den Strassenbahnen aber nehmen Sie einen Standpunkt ein, der mit Ihrem eigenen Programm und Ihren eigenen Grundsätzen in schreiendem Widerspruch steht.

Schon vor 30 Jahren wurde in dem Buche " Der Kommunalsozialismus " der Grundsatz aufgestellt, dass die öffentliche Verkehrsunternehmungen niemals vom Standpunkt eines kommerziellen Unternehmens, sondern ausschliesslich vom Gesichtspunkte der sozialen Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung verwaltet werden dürfe. Insbesondere bei städt. Verkehrsmitteln dürfe man niemals sagen, dass das Unternehmen sich selbst erhalten müsse, sondern diese Unternehmungen stellen Sozialfürsorgeinstitute für die Bevölkerung dar. Heute aber ist Ihnen die Hauptsache, dass die städt. Strassenbahnen keinesfalls einen Zuschuss seitens der Gemeinde erfordern dürfen. Das ist ganz falsch: Die städt. Strassenbahnen sind eine der wichtigsten Betätigungen des Kommunalwesens überhaupt. Es handelt sich bei den Strassenbahnen um ein Problem des öffentlichen Wohls und nicht um eine Frage der kommerziell richtigen Gestion. Die Strassenbahnen sind genau so ein Faktor der allgemeinen städtischen Verwaltung wie das Fürsorgewesen und es ist daher ganz falsch, sie als selbstständiges wirtschaftliches Unternehmen zu führen. Die Strassenbahn interessiert die Stadt als solche und das ganze Wirtschaftsleben der Stadt. Eine ganze Anzahl von Gewerbetreibenden und sonstigen Unternehmungen, die ihren Angestellten die Streckenkarten zahlen, werden sich nach der Erhöhung weigern, diesen Sprung mitzumachen. Es ist gewiss richtig, dass die ganzen Fragen des Verkehrsproblems unserer Inneren Stadt jede Verwaltung vor grosse Schwierigkeiten stellen. Und es wäre eine wirtschaftsrevolutionäre Tat gewesen, wenn sich die sozialdemokratische Verwaltung entschlossen hätte, den Verkehr zum Teil durch die Innere Stadt bzw. unter der Inneren Stadt weiterzuführen. Man wird heute erklären, es fehle dazu an dem nötigen Geld. Aber als die Mehrheit die Stadtverwaltung übernommen hat, wäre die Möglichkeit dazu schon vorhanden gewesen. Statt dessen haben Sie sich durch den Autobus selbst Konkurrenz geschaffen, indem Sie den Autobus auch über den Ring hinausgeführt und ihn passive Strecken zugeführt haben. Man hätte alles tun müssen, um die Strassenbahnen zu entlasten. Statt dessen will man Gerechtigkeit nach allen Seiten üben, indem man allen Kreisen der Bevölkerung die grösste Opfer zumutet. Das Einzige von allen gepähten Massnahmen, was man noch loben kann, ist, dass wenigstens eine Erhöhung des 32 Groschenfahr Scheines vermieden wird. Aber die Mehrheit wird über die Frage eines geringeren Tarifs für eine geringere Beanspruchung der Strassenbahn nicht hinwegkommen. Das soll nicht auf Kilometer beschränkt werden, es sollte vielmehr ähnlich wie in Berlin ein vereinfachtes Umsteigverfahren durchgeführt werden, sodass man für das einmalige Umsteigen weniger zahlt als für mehrmaliges Umsteigen. Dadurch würde auch die Inanspruchnahme der Schaffner geringer werden und eine Abwanderung würde nicht stattfinden. Sie protzen so viel mit Ihrem billigen Tarif. In Wirklichkeit fährt man in Berlin und Budapest, allerdings auf kürzeren Strecken, billiger als in Wien. Man will auch dadurch die Ausgaben verringern, dass man den Strassenbahnen wohlerworbene Rechte wegnimmt, wie es überhaupt ein Charakteristikum unserer



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am .....

Zeit ist, sich über den Grundsatz hinwegzusetzen, dass pragmatischen Angestellten Begünstigungen nicht weggenommen und Lasten nicht auferlegt werden dürfen, die sie bisher nicht gehabt haben. Das mag bei Neuaufnahmen berechtigt sein, geht aber gegenüber pragmatischen Angestellten oder gar Pensionsparteien nicht an. Man spart an allen möglichen Dingen, an denen nicht gespart werden soll. Man sehe sich z. B. die Schneesäuberung an! Heute zum B. werden keine neuen Schneearbeiter eingestellt, sondern nur diejenigen beschäftigt, die schon gestern beschäftigt waren. Zum B. in der Zedlitzgasse stehen seit etwa 4 Uhr früh 600 Leute und warten umsonst, dass sie ein paar Schilling verdienen (Hört Hörtrufe bei den Nat.-Abg. Mühlberger: Das sind Sozialisten!) Es geht auch nicht an, die Strassenbahnen mit sozialen Leistungen zu belasten, die der Gemeinde als solche obliegen. Das sind z. B. die Arbeitslosenfahrtscheine. Man sollte es nicht übersehen, dass mit den Begünstigungen für Arbeitslose grosser Unfug getrieben wird. Strassenbahner beschwerten sich immer darüber, dass man sehr elegante Mädchen mit hübschem Pelzwerk und eleganten Seidenstrümpfen sehen kann, die Arbeitslosenbegünstigungen haben. Das sollte uns zu denken geben. Es kommt vor, dass Leute, die solchen Missbrauch treiben wollen, sich eben wegen dieser Begünstigungen irgendwo formal anstellen lassen, und dann auf allen Gebieten der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Vollkommen unberechtigt ist es aber, dass man diese Lasten der Strassenbahn buchhalterisch anlastet. Dabei hält man den Strassenbahnern in der gehässigsten Weise vor, dass sie ohnehin grossartig gezahlt sind. Das ist kein Standpunkt für eine proletarische Partei, die den Privatunternehmern ein Beispiel gegeben sollte. Der Redner bezeichnet sodann die Erhöhung der Autobusfahrtscheintarifs von 10 auf 15 G als verfehlt und unzweckmässig, da man damit die einzigen Fahrten, die bisher gut gegangen sind, die 10 Groschenfahrten in der Inneren Stadt, wesentlichen einschränken wird und das Umwechseln beim 15 Groschentarif auf grosse Erschwerungen für den Schaffner zur Folge haben wird. Man hat den Eindruck, dass Mehrheit und Stadtrat sich die Strassenbahn und die Strassenbahner als eine Art Sündenbock für die ganze städtische Miswirtschaft ausgesucht hat. Man erklärt, mit den Gewerkschaften über alle Personalmassnahmen gesprochen zu haben. Wir haben bis vor kurzer von den näheren Details überhaupt nichts erfahren. Es ist ganz sonderbar, dass die Mehrheit nicht selbst das Bedürfnis fühlt, auch die Minderheitsgewerkschaften zur Kontrolle heranzuziehen, obwohl das in ihrem eigenen Interesse gelegen wäre. Ein paar Pressekonferenzen, dann rasch mit der Sache in den Gemeinderat, dann gehen Sie nach Hause, und erklären, Sie haben die bestverwaltete Stadt Europas. Sie werden noch Manches zu hören bekommen, wenn die Wirtschaft erst die Auswirkungen der Tarifierhöhungen spüren wird, und Sie selbst werden die Erfahrung machen, dass die Einnahmen infolge der Erhöhungen noch mehr zurückgehen werden. Durch diese Erhöhungen erbittern Sie die Bevölkerung, die ohnehin durch das Massenelens genug erbittert ist, noch mehr. Seien Sie überzeugt: Die Grenzpfähle bei Passau und Salzburg werden die langsame und vielleicht die etwas raschere Liquidierung Ihrer Herrschaft nicht aufhalten und wir werden selbst die Kraft haben, vielleicht in kurzer Zeit das System zu Fall zu bringen (Lebh. Beifall b. d. Nat.).



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am .....

In seinem Schlusswort erwidert Vizebürgermeister Emmerling ausführlich auf die Bemerkungen der Redner der Minderheit. Vizebürgermeister Emmerling führt unter anderem aus, dass es absolut nichts Neues sei, wenn eine Stadtverwaltung ein Defizit vorträgt. Unter christlich-sozialer Ära hat es viele Defizite gegeben und das in einer Zeit, in der die Entwicklung der Wirtschaft ruhig vor sich ging. Es haben Redner der Minderheit uns den Vorwurf gemacht, der neue Strassenbahntarif sei unsozial; STR. Kunschak hat das Jahr 1924 mit dem Jahre 1932 verglichen, um den Beweis des unsozialen Tarifes darzutun. STR. Kunschak hätte frühere Jahre heranziehen müssen und da wäre er zu dem Schluss gekommen, dass andere Hundertsätze vorhanden sind, als die, die er vorgebracht hat. Während früher die Kinderkarte 50 Prozent des Tagesfahrpreises ausmachte, macht sie jetzt nicht einmal ein Drittel aus. Nicht die christlich soziale Ära, sondern wir haben den Tarif sozial gestaffelt. Wir haben die Rückfahrkarte eingeführt, die Wochenkarte und so weiter. Die Argumente, die gegen die Intervalle bei der Strassenbahn vorgebracht wurden, sind <sup>ebenfalls</sup> nicht stichhältig. Um bloß ein Experiment mit dem Zonentarif zu machen, dazu sind die Verhältnisse bei der Strassenbahn viel zu ernst.

Der Redner kommt dann auf den Vorwurf von Minderheitsrednern zurück, dass eine Tarifierhöhung eine Teuerungswelle auslöse. Vizebürgermeister Emmerling greift in seinen Ausführungen bis auf die Inflationszeit zurück und erklärt, die Verwaltung hätte damals die Pflicht gehabt, den Strassenbahntarif den damaligen Verhältnissen anzupassen, wie es jedes private Unternehmen getan hat. Wir haben der Bevölkerung, die unter der Inflation schwer litt, kein neues Opfer zugemutet, wir haben den Tarif <sup>behalten</sup>, wir haben damals beim Betrieb Strassenbahnen von der Substanz gelebt. Die Redner der Minderheit vergessen, dass wir die Stadtbahn elektrifiziert haben, dass wir die Stadtbahn in das Netz der Strassenbahnen eingezogen haben und niemand für die Benutzung der Stadtbahn einen eigenen Tarif zu zahlen hat. Es ist selbstverständlich, dass die Elektrifizierung der Stadtbahn, die heute von Wien nicht mehr wegzudenken ist, die Strassenbahnen belastet. Man hat uns vorgeworfen, dass wir, als wir hier noch Opposition waren, gegen die Verteuerung des Strassenbahntarifes aufgetreten sind. Gewiss haben wir das getan, denn Sie haben damals bei der Strassenbahn Tarife erstellt, die unbedingt einen Überschuss ergeben mussten, der an die Gemeindekasse abgeführt worden ist. Und Sie, meine Herren von der Minderheit, haben sogar zu einer Zeit den Strassenbahntarif erhöht, als die Strassenbahnen einen bedeutenden Überschuss an die Gemeindekasse abführten. Es ist auch hier der Vorwurf gemacht worden, dass die Bilanzen der Unternehmungen frisiert seien. Damit haben Sie dem Rechnungshof ein Misstrauen entgegengebracht, der wörtlich erklärt, dass bei allen städtischen Unternehmungen die Buchhaltungen vorbildlich in Ordnung sind.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert nun auf die Bemerkungen der Redner der nationalsozialistischen Partei, wonach die Vertreter der nationalsozialistischen Partei die ersten waren, die den Antrag auf Aufhebung der Freifahrt für die Gemeinderäte stellten, <sup>unter</sup> Heiterkeit der Mehrheit des Hauses, dass die nationalsozialistischen Gemeinderäte sich zuerst ihre Freikarte geholt hatten und dann erst den Antrag auf Aufhebung der Freikarte stellten. Bezüglich des Vorwurfes der Durchpeitschung der Vorlage erklärt der Referent, dass von einer Durchpeitschung doch in diesem Falle absolut nicht gesprochen werden könne. Es wurde 4 Wochen hindurch verhandelt und wir waren bemüht, mit unseren eigenen Leuten ein



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am .....

---

Einvernehmen zu erzielen. Wir haben kein Diktat gesetzt, sondern legen im Einvernehmen mit den zuständigen Gewerkschaften und unserem Personal dem Gemeinderat die Vorlagen vor. Bezüglich des Antrages Kunschak, der einen Bericht über den Kraftwagenbetrieb verlangt, bemerkt <sup>Vorlesung</sup>meister Emmerling, dass darüber dem Finanzausschuss ein ausführlicher Bericht erstattet werden wird. ( Beifall bei der Sozialdemokraten.)

Die Vorlage wird unter heftigen Zwischenrufen der national-sozialistischen Fraktion angenommen; Der Antrag Kunschak wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt, der Antrag Pichler wird abgelehnt.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am .....

STR. Speiser führt aus: Das bei der Strassenbahn zu erwartende Betriebsdefizit hat zur Folge, dass die Auszahlung der Gehalte und Löhne der Strassenbahnangestellten in den nächsten Monaten in Frage gestellt war. Da einerseits weitere Ersparungen im Sachaufwand unmöglich sind, andererseits durch die vom Gemeinderat soeben genehmigten Tarifmassnahmen das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht hergestellt wird, muss die Direktion Ersparungen im Personalaufwand vorschlagen.

Die städtische Strassenbahn hat bisher jährlich eine Summe von 4 Millionen Schilling aufwenden müssen, um das Defizit der Pensionskassa für die Strassenbahnpensionisten zu decken. Zur Entlastung der Strassenbahn war eine Reform dieser Pensionskassa, der auch alle anderen Kollektivvertragsbediensteten der Gemeindeunternehmungen und Gemeindebetriebe angehören, notwendig. Zu diesem Zweck werden die drei grossen Unternehmungen der Stadt ( Strassenbahn, Elektrizitätswerk, Gaswerk ) einen Betrag von je 700.000 Schilling jährlich an die Pensionskassa zur Verringerung der Altpensionistenlast einzahlen. Diese Einzahlung soll so lange geleistet werden, bis sie die Hälfte der Altpensionistenlast erreicht. Dann soll fortlaufend die halbe Altpensionistenlast von den drei Unternehmungen getragen werden. Ein weiterer Betrag von rund 1 Million Schilling im Jahr soll dadurch aufgebracht werden, dass die Bediensteten bei Gehaltsvorrückungen und die Unternehmungen bei Höherreihungen die Vorrückungsbeträge an die Kasse entrichten. Die bisherige und künftigen Pensionisten, die bis jetzt schon Pensionsabzüge von 3 Prozent gehabt haben, werden nunmehr weitere 5 Prozent für die Entlastung der Pensionskassa leisten. Jene Bediensteten, die über ihre jetzige 30 bis 35 jährige Dienstzeit hinaus dienen, werden durch einen Nachlass an den Pensionsabzügen entschädigt. Den Pensionisten, die Familienerhalter sind, und den Doppelwaiser werden, wenn ihre Bezüge 170 Schilling nicht übersteigen, wie bisher auch weiterhin keine Abzüge gemacht. Einzelstehenden Pensionsparteien wird der weitere Abzug von 5 Prozent erlassen, wenn ihre Bezüge 100 Schilling nicht übersteigen.

Durch alle diese Massnahmen wird die Strassenbahn stark entlastet. Es war aber nunmehr noch notwendig, von den insgesamt rund 15.000 Beamten und Bediensteten der Strassenbahn ein Notopfer zu verlangen durch das die Auszahlung der Gehalte für das Jahr 1933 gesichert werden soll. Dieses Notopfer soll bis Ende 1933 geleistet werden. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, sowohl mit den Bediensteten als mit den Beamten ein Abkommen zu treffen. Nach diesem werden die Bediensteten einen 6 prozentigen Abstrich an Bezügen und an einem Teil der Zulagen auf sich nehmen. Die Bediensteten werden ferner in Zukunft zwei Drittel der Einkommensteuer, die bisher der Betrieb für sie getragen hat, selbst bezahlen. Die Beamten haben einen grossen Teil der notwendigen Bezugseinschränkung durch Streichung der Verwendungszulagen und Herabsetzung der Pauschalien auf sich genommen und ergänzen den notwendigen Betrag durch eine weitere 3 1/2 prozentige Lohnkürzung. Durch die vollständige Streichung der Verwendungszulagen und durch die starke Kürzung der Pauschalien, durch die hauptsächlich höher entlohnte Beamte betroffen werden, ergibt sich bei den Abzügen der Beamten eine starke soziale Staffelung. Durch die Bezugsherabsetzung wird auch ein Abbau der infolge des Frequenzrückganges überzählig gewordenen Bediensteten und Beamten vermieden. Dafür kann sowohl den Bediensteten als den Beamten ein Teil der Lohnabzüge durch Gewährung von freien Tagen vergütet werden. Durch die Massnahmen wird



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am .....

also auch der soziale Gedanke der Kurzarbeit durchgeführt.

Die Lage der Strassenbahn macht auch eine Einschränkung der bisher den Familienangehörigen der Strassenbahngestellten und den Angestellten der Hebeverwaltungen sowie den Beamten der städtischen Unternehmungen gewährten Fahrpreisbegünstigungen nötig. Die bisherige Fahrbegünstigung wird von 50 Prozent auf  $33 \frac{1}{3}$  Prozent herabgesetzt. Die Angestellten der Hebeverwaltungen und die Beamten der städtischen Unternehmungen haben von nun an eine sozial gestaffelte Ausfertigungsgebühr bis zu 10 Schilling im Jahr zu entrichten.

Die von mir besprochenen Personalvorlagen bringen eine Einschränkung von Bezügen als Notopfer für einen durch die Wirtschaftskrise schwer betroffenen Betrieb. Dass diese Bezugsbeschränkungen im Einvernehmen mit dem Personal durchgeführt werden können, ist besonders hervorzuheben. Die Gemeindeverwaltung hat mich beauftragt, den Bediensteten und Angestellten für ihre einsichtsvolle Haltung zu danken.

STR. Kunschak ( christl. soz. ) bemerkt, die Schaffung der Pensionskasse und deren Führung bis zum heutigen Tage sei ein Verwaltungsskandal, wie man sich ihn schlimmer nicht denken könne. Die Strassenbahnbediensteten hätten früher ein eigenes Pensionsinstitut, das mustergültig geführt war und klaglos funktionierte. Die anderen städtischen Unternehmungen kamen selbst für die Pensionen ihrer Bediensteten auf. Erst die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hatte den gloriosen Einfall, das Pensionsinstitut der Strassenbahner zu anektieren, man könnte auch sagen, wie ein Räuber an sich zu bringen. An Stelle des Pensionsinstitutes der Strassenbahner wurde eine neue Pensionskasse gegründet, in die auch alle übrigen Bediensteten der städtischen Unternehmungen eingereiht wurden. Dieses neue Institut war von Anfang an eine Missgeburt, ein rachitisches Kind, und hat im Laufe der Zeit Schulden auf Schulden gehäuft, sodass seine Leiter längst schon wegen schuldbarer Krida hätten ins Kriminal marschieren müssen.

Als die Gemeinde das Institut übernahm, hätte sie anständiger Weise die bestehenden Pensionsansprüche durch entsprechende Prämienreserven decken müssen. Das hat sie aber nicht getan, sondern dem Pensionsinstitut als Aktivum nichts auf den Weg mitgegeben als die durch die Inflation stark dezimierten Aktivbestände der städtischen Strassenbahnen, vor allem ihren grossen Hausbesitz. Dass heute diese Häuser auch den Bediensteten der anderen städtischen Unternehmungen gehören, bedeutet einen effektiven Raub an den Strassenbahnbediensteten, die damals garnicht gefragt wurden.

Nachdem die Strassenbahnen im Jahre 1903 in den Betrieb der Gemeinde Wien übernommen worden waren, wurden wiederholt neue Kategorien in die Pensionsberechtigung einbezogen. Jedesmal hat aber dabei die Gemeinde die versicherungstechnisch berechnete Prämienreserve aus ihren Mitteln der Pensionskasse zur Verfügung gestellt. ( Zustimmung bei den Christl. soz. )

Heute wird beantragt, dass die Bediensteten den Betrag einer Jahresvorrückung an die Pensionskasse zur Gänze abzuliefern haben. Das ist eine schwere Belastung der Bediensteten und ich beantrage, dass auch künftig nur ein Drittel der Jahresvorrückung, wie es früher der Fall war, der Pensionskasse abzuliefern sein soll.

Die Haltung der Gemeinde gegenüber der Pensionskasse unter



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am .....

der früheren Verwaltung zeigt sich auch in ihren Leistungen an sie. Die Beiträge des Unternehmers betragen 1908 1,055.000 Kronen, die der Bediensteten nur 711.000 Kronen. Im Jahre 1910 trugen die Mitglieder 969.000 Kronen bei, der Unternehmer 1,732.000 Kronen, im Jahre 1913 die Mitglieder 1,346.000 Kronen, der Unternehmer 2,094.000 Kronen, und im Jahre 1913 die Bediensteten 1,300.000 Kronen, das Unternehmen 1,800.000 Kronen. Auch das Vermögen der Kasse ist damals ständig gestiegen, so im Jahre 1908 von 11 auf 13 Millionen Kronen, im Jahre 1913 um 1,800.000 Kronen. Sie sehen also, wie damals darauf geachtet wurde, dass die Pensionskasse keine Lasten übernimmt, für die eine versicherungstechnische Deckung nicht vorhanden ist. In jedem einzelnen Falle - bei Beförderungen, Pensionsberechnungen, Dienstzeiteinrechnungen, Diensttaxen und so weiter - wurde immer die versicherungstechnische Rückwirkung auf die Pensionskasse errechnet und der erforderliche Betrag teilweise aus dem Unternehmen, teilweise aus den Mitteln der Gemeinde bezahlt.

Ich habe diese Verhältnisse geschildert, um zu zeigen, wie frivol das gute alte Pensionsinstitut der Strassenbahner <sup>2er</sup> zerstört wurde und wie leichtfertig man an seine Stelle ein neues Pensionsinstitut gesetzt hat, dem man nichts anderes auf den Weg gab als den Rat: Vogel friss oder stirb! Nun ist der Vogel im Sterben und die Bediensteten müssen schwer bluten, um ihn notdürftig am Leben zu erhalten. In Wahrheit wäre die Gemeinde Wien moralisch verpflichtet, das ganze Defizit der Pensionskasse glatt zu übernehmen. (Beifall bei den Christl. soz.) Sie wäre verpflichtet, alle Leistungen, die sie unterlassen hat, heute mit Zinsen und Zinseszinsen aus ihren eigenen Mitteln zu bestreiten. Sie haben die städtischen Unternehmungen zum Schaden der Bediensteten belastet und legen heute den Bediensteten diese unbeglichenen Rechnungen in der Form von Abzügen und Pensionskürzungen zur Honcrierung vor. Ganz <sup>übernimmt</sup> von aller Kürzungen bleiben die sogenannten Lebensgefährtinginnen und Dispensehegattinnen obwohl gerade diese Kategorie von Schmarozern aus der Pensionskassa eliminiert werden müsste. Es ist empörend, wenn man da oft sieht, dass eine Frau, die einen Mann 20 oder 25 Jahre von der Picke auf treu gedient und ihm die Kinder erzogen hat durch ein Weibsbild, das ihr aus spekulativen Gründen den Mann wegnimmt, aus der Pension verdrängt wird und dann elend zugrunde gehen muss. Die Gemeinde dürfte das nicht unterstützen (Lebh. Beifall b.d. Chr.). Er beantrage daher die Streichung des Punktes 5 des § 14, der einer Frau, die eine Ehe nach Behebung des Ehehindernisses des Ehebandes eingegangen ist, die Pension sichert, ebenso die Streichung des Punktes 6 dieses Paragraphen und des Punktes 8, wonach eine Ehe, die mit Nachsicht des Ehehindernisses des Ehebandes geschlossen wurde, ... gilt wie eine andere Ehe. Was sich da die Gemeinde arrogiert, ist beinahe eine Frechheit (Lebh. Beifall b.d. Chr.). Diese Bestimmungen sind im Widerspruch mit der ganzen Praxis unserer obersten Gerichte. Der Redner beantragt weiters die Streichung des Punktes 3 des § 17 wonach im Falle als mehrere "Witwen" einen Anspruch auf Abfertigung erheben die Abfertigung nur einer gewährt wird. Nach der österr. Rechtsprechung gibt es nicht mehrere Witwen, weil wir die Vielweiberei noch nicht eingeführt haben (Lebh. Beifall b.d. Chr.) In Konsequenz dieser seiner Anträge beantragt der Redner ähnliche Aenderungen auch in den §§ 26 und 31. Wenn man schon etwas tun will, dann berücksichtige man diejenigen Angehörigen von städtischen Angestellten, die diese städtischen Angestellten oder ihre Verwandten treu gepflegt oder ihnen die Wirtschaft unentgeltlich geführt haben. Da wurde einer Frau, die über 10 Jahre ihre Mutter gepflegt und dann 20 Jahre ihren Bruder die Wirtschaft geführt hat



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am .....

eine Gnadenpension von sage und schreibe 54 S im Monat gewährt, (Hört Hört bei den Chr.) und nach langen Bemühungen gelang es die Pension auf 58 Schilling zuberhöhen (Lebh. Hört Hörtrufe bei den Chr.) Die Lebensgefährti bekommt dagegen die volle Witwenpension. Um zu verhindern, dass in Zukunft solche himmelschreienden Vergleiche angestellt werden zwischen einem Angehörigen von Fleisch und Blut eines städtischen Angestellten und ... - ich kann es nicht anders sagen einer Dirne .... (Lebh. Rufe bei den Soz. dem.: Das ist doch unerhört! Das ist echt christlichsozial- ABG. Eisinger; Das ist eine Moralheuchelei sondergleichen. - Zwischenrufe) In den meisten Fällen trifft dieser Ausdruck zu und ich habe gar keine Veranlassung ihn zurückzunehmen (Zwischenrufe). Der Redner beantragt in § 1 Absatz 4 des Pensionsstatuts dem Worte "Wirtschaftsführerin" in Klammer beizusetzen (Mutter, Schwester), eine gleiche Aenderung im Titel des § 14 vorzunehmen und in denselben Paragraphen folgenden neuen Absatz 9 einzufügen: "Die Wirtschaftsführerin (Mutter, Schwester) erlangt den Anspruch auf den Versorgungsgenuss, wenn sie mit dem ledigen oder Verwitweten Versicherten durch mindestens 3 Jahre vor dessen Ableben in gemeinsamem Haushalt gelebt und ihm die Wirtschaft unentgeltlich geführt hat. Im übrigen gelten die Bestimmungen über den Anspruch der Witwe".  
r. Scholz (nat. soz. Bemerkung) die Sozialdemokraten werfen den Nationalsozialisten immer vor, dass sie, wo sie zur Herrschaft kommen, die sozialen Errungenschaften abbauen. In Wirklichkeit tun das die Sozialdemokraten. Das Defizit der Strassenbahnen könnte man leicht hereinbringen, wenn man die Zahlung der Zinsen der Dollaranleihe einstellen und den ausländischen Kapitalisten nahelegen würde, da sie seit Jahren so schön verdient haben, zuzuwarten, bis die Wirtschaftskrise vorbei ist. Trotz aller Bestreitungen der sozialdemokratischen Führer bleibt es richtig, dass die Mehrheitsparteien die Gemeindeangestellten auf das Niveau der Bundesangestellten herabdrückt. Die Pensionskassen waren einst blühende Institute, dass sie zusammengebrochen sind, ist die Schuld der Sozialdemokraten, die die notwendigen Massnahmen nicht rechtzeitig getroffen haben. Das Bitterste was dem Personal zugemutet wird, ist das Stillehaltejahr. Eine grosse Belastung der Bediensteten ist die weitere Verminderung des Ruhegenusses. Man verschliesst der Jugend auf weitere 5 Jahre jede Anstellungsmöglichkeit. Man trifft auch die Kollektivverträger, wo man sie findet. Man nennt das alles Krisenmassnahmen, wir nennen es sozialen Wahnsinn. Wir glauben Ihnen nicht, dass alle diese Massnahmen provisorisch sind, was den Angestellten einmal weggenommen wird, wird ihnen nicht mehr zurückgegeben. Man möge doch einmal den hohen und höchsten Gehaltsempfänger in der Gemeinde, die bis zu 3000 S und noch mehr verdienen, nahelegen, auf einen Teil ihrer Bezüge zugunsten der Schlechtgestellten zu verzichten.

Der Redner beantragt, dass die untersten Gehälter und Löhne der Bediensteten der Gemeinde auf 200 Schilling monatlich ergänzt werden sollen. Die hierfür erforderlichen Beträge sollen, wenigstens für die Krisenzeit bis 31. Dezember 1933, von den höchsten Gehältern hereingebracht werden. Die bisher durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen sollen, soweit sie eine Personalverminderung zur Folge haben, widerrufen werden, um dadurch der heranwachsenden Jugend Anstellungsmöglichkeiten zu geben. Die Doppel- und Mehrverdiener innerhalb der Gemeinde Wien sollen erfasst und deren Gesamteinkommen mit 1200 Schilling im Monat bemessen werden. (Beifall bei den Nat. soz.)



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am .....

GR. Stöger (chr. soz.) erklärt, dass auch diese Vorlage, wie ~~alle übrigen, nicht zum Ziele führen werde~~. Die ~~Staffelung der Tarifierhöhung zeigt die unsoziale Haltung~~ der Gemeinde, die mit dem ~~neuen Tarif die Aermsten, die Sparrer und die kinderreichsten Familien trifft~~. Zur ~~Stützung der Pensionskasse~~ werden vom Personal 4 Millionen Schilling herausgepresst. Wir können nicht den Optimismus aufbringen, dass die Belastung nach dem 31. Dezember 1933 <sup>oder</sup> ~~ausgehoben~~ gemildert wird. Die Vorlage zeigt dem Personal den Unterschied zwischen sozialdemokratischer Theorie und sozialdemokratischer Praxis. Das Echo, das die Vorlage beim Personal gefunden hat, zeigt, dass das Personal zu denken beginnt und nunmehr den Unterschied zwischen grossmäuligen Versprechungen und reellen Daten erkennt. Die Vorlage bietet ein trostloses Bild. Solange Sie Millionen von Schilling für parteipolitische Fürsorge, für die Sozialisierung <sup>von</sup> Grund und Boden ausgeben, solange Sie den Gewerbetreibenden sozusagen das Weisse aus den Augen herausreissen, solange dürfen Sie dem Haus keine solche Vorlage unterbreiten. Durch diese Vorlage wird das Personal in Elend und Not gestossen, wird der Kreis der Wirtschaft eingeeengt, wird die Kaufkraft der breiten Massen wieder herabgesetzt. Wir müssen deshalb diese unsoziale und unzeitgemässe Vorlage ablehnen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Griessler (nat. soz.) weist darauf hin, dass die Sozialdemokraten früher, wenn eine kapitalistische Verwaltung der Stadt Wien die Strassenbahnfahrpreise in einer Zeit ständig wachsender Not erhöht hätte, Demonstrationen, Versammlungen und Streiks inszeniert hätten. Heute aber, wo sie selbst die Unternehmer sind, erhöhen sie die Tarife und bauen die Gehälter der Angestellten ab. Heute sind die Sozialdemokraten die Vertreter des Kapitalismus und wir vertreten die Arbeiter. (Beifall bei den Nat. soz. - Lachen bei den Soz. dem.) Warum schaffen Sie nicht die Doppelverdiener ab? In den Reihen der Mehrheit sitzen eben nicht bloss Doppelverdiener, sondern Acht-, Zehn- und Zwanzigfachverdiener. (Beifall bei den Nat. soz. - Lachen bei den Soz. dem. - Jenschák: "Haben Sie dem Rosenbaum schon die Fakturen bezahlt?") Wir werden sehen, ob Sie unserem Antrag Scholz wegen der Doppelverdiener zustimmen werden. Sie sind ja heute nur mehr die Interessenvertreter des jüdischen Kapitalismus. (Lachen bei den Soz. dem.) Sie lachen heute noch, vielleicht auch noch in einem Monat, aber die Zeit wird schon kommen, wo Sie nicht mehr lachen werden! Beim Verkehrsstreik in Berlin sind die Sozialdemokraten als Streikbrecher aufgetreten. (Lachen bei den Soz. dem. - GR. Weigl: "Davon sprechen Sie nichts!") Sie haben die Strassenbahner garnicht gefragt, ob sie mit der Kürzung ihrer Gehälter einverstanden sind, sondern halten sie mit eisernem Terror nieder. Wenn Sie glauben, dass Sie Ihre Wähler bei den Tarifierhöhungen hinter sich haben, dann lösen Sie den Gemeinderat auf! (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Prinke (christl. soz.) verweist darauf, dass die Sozialdemokraten durch Opfer der Bediensteten das Gleichgewicht im Haushalt der Strassenbahnen herstellen wollen. Die Angestellten haben aber bisher schon Opfer genug gebracht. Bei allen Massnahmen der Mehrheit zeigt sich Ihr sozialistisches Solidaritätsgefühl: Mit der Peitsche des Hungers und mit der Frohung des Abbaues werden die Arbeiter und Angestellten zu neuen Opfern gezwungen. Warum sind Sie mit diesen Massnahmen nicht vor dem Personalvertretungswahlen gekommen?



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII. Blatt

Wien, am .....

Ihr System unterscheidet sich in nichts von dem System des Kapitalismus. Auch Sie beuten die Arbeitskraft bis zur letzten Konsequenz aus. Von den 13 Millionen Neueinnahmen, die zur Deckung des Defizits verwendet werden sollen, tragen die Angestellten allein eine Last von rund 10 Millionen. Der Redner kritisiert sodann die Änderungen des Pensionsstatuts, bespricht eingehend die Gründe des Entstehens des Defizits bei den Strassenbahnen und wendet sich gegen die Auffassung des GR. Riehl, dass mit den Arbeitslosenfahrscheinen Mißbrauch getrieben werde, da die bezüglichen Vorschriften ausserordentlich streng gehandhabt werden. Er errechnet sodann die Belastung des Strassenbahnbetriebes durch die Arbeitslosenfahrscheine mit 6 Millionen im Jahr, die Belastung durch die Fahrpreiserlässigungen für die städtischen Angestellten mit ebenfalls 6 Millionen. Das ist zusammen ein Betrag in der Höhe des Defizits der Strassenbahn. Es gibt ferner bei den Strassenbahnen nicht weniger als 56 freigestellte Vertrauenspersonen. Für diese Leute werden 200.000 Schilling hinausgeworfen. Für die amerikanischen Buchhaltungsmaschinen werden jährlich 36.000 Schilling aufgewendet und die Adaptierung in der Direktion in der Favoritenstrasse soll 800.000 Schilling kosten. Unter solchen Umständen verlangen Sie vom Personal Opfer. Sie sind einst mit der Parole ausgezogen, dem Arbeiter ein besseres Heim zu sichern, Sie kehren nun zurück als Räuber der schwer verdienten Rechte der Arbeiterschaft. Es wird die Zeit kommen, in der sich die Bevölkerung von Wien gegen Sie erheben und Sie von Ihrem Platz weggefegt wird. (Beifall bei den Christl. soz. ).

GR. Mühlberger (nat. soz.) bemerkt, der heutige Tag sei ein schwarzer Tag für die jüdisch-marxistische Bonzenkratie. Als vor 14 Jahren die Soldaten vom Feld heimkehrten, versprachen Sie ihnen Arbeit und Brot. Aber alle Ihre Versprechungen waren ein "Schmäh". Speiser und Emmerling haben keine Ahnung von der Not der arbeitenden Menschen; sie sind feiste Bonzen mit Riesengehältern und Luxusautos. Bei der Strassenbahn wird nichts repariert, weil Sie dem deutschen Arbeiter keine Arbeit geben wollen. Die Herren Emmerling, Seitz und Speiser wären bestimmt auf der Bühne eines Kasperltheaters kolossale Grössen geworden, aber in der Gemeinde Wien haben sie sich als vollkommen unfähig erwiesen. Ihr Kampf geht nur um die eigenen Diäten. Ihre sozialistischen Taten bestehen darin, dass Sie 600 Schneeschaufler, die seit 4 Uhr früh auf Beschäftigung warten, am Abend wegschicken. Wir werden aber mit Ihnen schon abrechnen. (Beifall bei den Nat. soz. - Lachen bei den Soz. dem. )

Referent STR. Speiser beschäftigt sich in seinem Schlusswort mit den Ausführungen des STR. Kunschak über das alte Pensionsinstitut der Strassenbahner und verweist darauf, dass die finanziellen Grundlagen des Institutes im Jahre 1920 infolge der Geldentwertung vollständig erschüttert waren, was weder der heutigen noch der früheren Gemeindeverwaltung zum Vorwurf gemacht werden könne. Die Entwertung war einfach eine Folge des Krieges und der Inflation. Der Referent betont, dass die drei grossen städtischen Unternehmungen einen grossen Teil der Altpensionistenlasten auf sich nehmen. Dass die Gebarung des Pensionsinstitutes kriminell gewesen wäre, sei eine lächerliche Behauptung. Es handle sich hier um ein Fondsvermögen, hinter dem die Haftung der Gemeinde Wien stehe.

Wenn sich STR. Kunschak mit der Frage befasst habe, ob der Lebensgefährtin des Verstorbenen ein Pensionsbezug gewährt werden soll, so sei festzustellen, dass nur dann, wenn eine rechtmässige Witwe nicht vorhanden ist, in berücksichtigungswerten Fällen der Lebensgefährtin eine ausserordentliche Zuwendung gegeben werden kann. Diese Bestimmung ist also nur fakultativ.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII. Blatt

Wien, am .....

STR. Speiser schlägt vor, die Anträge Kunschak wegen Berücksichtigung naher Angehöriger eines verstorbenen städtischen Angestellten abzulehnen, behält sich jedoch eine Besprechung mit dem Vertretern der Pensionskasse über diese Anträge vor.

Dem Antrag Scholz bezüglich der Mindest- und Höchstbezügler kann nicht beigezogen werden, weil es mit Ausnahme der jüngsten Angestellten unter 22 Jahren keinen Angestellten gibt, der nicht einen Mindestbezug von 200 S hätte. Bei der Gemeinde gibt es Höchstbezügler mit den von GR. Scholz angeführten Bezügen nicht, ausgenommen einen einzigen hervorragend verdienten und ausserordentlichen fähigen Direktor, auf dessen Mitarbeit wir heute noch sehr grossen Wert legen. Die vom GR. Scholz mit so grossem Vergnügen genannten Stadträte haben freiwillig zu einer Zeit auf 20 Prozent ihrer Bezüge verzichtet, als den übrigen Angestellten die Bezüge nur um 6 Prozent gekürzt worden sind. Eine Rationalisierung gibt es bei der Stadt Wien nicht. Die natürliche Entwicklung, die einen Rückgang der Betriebe mit sich bringt, können wir leider nicht aufhalten. Das Doppelverdienerwesen kann von der Gemeinde allein nicht gelöst werden. Die Verabschiedung einer Doppelverdienervorlage in Form eines Bundesgesetzes wird gerade von den Sozialdemokraten am eindringlichsten betrieben. Die Gemeinderäte Griessler und Prinke haben die Rathausverwaltung als eine Art kapitalistischen Blutsauger hingestellt. Sehr viele Angestellte auch der öffentlichen Körperschaften würden <sup>auch heute noch</sup> sehr gerne bei diesem Blutsauger angestellt <sup>sein</sup> (Lebh. Beifall bei den Soz. dem.). Unsere Angestellten haben zum B. auch heute noch im Durchschnitt gegenüber den ähnlich gestellten Bundesbahnangestellten einen Vorsprung von 100 S im Monat. Dass die Gemeinde sich soziale Leistungen von den Strassenbahnen nicht bezahlen lassen soll, ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt, <sup>Barum</sup> hat sich die Gemeinde entschlossen, für diese Zwecke neben dem Anerkennungsbetrag von 50.000 S noch im Laufe des heurigen Budgetjahres einen erheblichen Beitrag zuzuschliessen. Aber gar so unberechtigt wäre es nicht, wenn die Strassenbahn gewisse Leistungen für die Gemeinde übernehmen würde. Die Strassenbahn <sup>hat</sup> zum B. im Jahre 1913 an die Gemeinde in heutigem Geld rund 4 Millionen abgeführt und hat einen Strompreis in heutigem Geld von 21 Groschen bezahlt gegenüber 7 Groschen, der heute einschliesslich der Warenumsatzsteuer bezahlt wird. Darin und in der Tatsache, dass die früher üblichen Zahlungen der Strassenbahn an die Gemeinde heute nicht stattfinden liegt ein viel grösserer Ausgleich als in der Beanspruchung durch soziale Leistungen. GR. Prinke hat davon gesprochen, dass die Uebersiedlung in der Favoritenstrasse 800.000 Schilling gekostet haben soll; richtig ist, dass sie bloss 15.000 Schilling gekostet hat und dieser Betrag innerhalb eines Jahres durch Zinsersparungen eingebracht wird. Man spricht ja immer vom Raub von Rechten; wahr ist gerade das Gegenteil. Wir haben den Angestellten die Abkürzung der Definitivzeit von 10 auf 5 Jahre gegeben, die 30 jährige Dienstzeit, Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Prozent, statt früher der Normalstunde, starke Valorisierung der Gehälter der Kleinangestellten, den Urlaub bis zu 4 Wochen und so weiter. Die Gemeindeverwaltung hat sich auch mit Aufopferung ihrer politischen Interessen gegen jede unnütze Anstellung gestellt. Heute wird uns vorgeworfen, dass wir zu viel Personal angestellt haben. Seit 1922 ist die Frequenz von 444 Millionen auf 458, auf 567, auf 601, auf 615 und auf 638 Millionen Fahrgäste gestiegen. Die Zunahme der Frequenz bedeutet natürlich Arbeit auf den Wagen. Dann fällt die Frequenz und es wurden keine Anstellungen mehr durchgeführt, bis zur Zeit der Einführung des Autobusses.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIX. Blatt

Wien, am .....

Im Jahre 1925 hat ein christlichesozialer Gemeinderat kritisiert, dass bei einer Frequenzzunahme um 100 Millionen Fahrgäste bloß 364 Angestellte aufgenommen worden sind, und hat gefordert, dass mit diesem System gebrochen werden müsse. Im Jahre 1927 hat der gleiche Bachmann erklärt, wenn die Kollegen ihre Mehrdienstleistung einstellen würden, könnte Personal angestellt werden. Und im Jahre 1928 wurde kritisiert, dass bei einer Frequenzzunahme um 149 Millionen Fahrgäste bloß 92 Anstellungen erfolgten. Es wurde uns vorgeworfen, dass dieses Sparen im Personal echt kapitalistisches Prinzip ist. Und heute erklärt Herr GR. Prinke, wir sind von parteipolitischer Sucht besessen.

Es ist uns gewiss nicht leicht, hier schon zum zweiten Male Abbaumaßnahmen vorzuschlagen, aber die Angestelltenschaft hat sich in eingehenden Verhandlungen überzeugt, dass ein anderer Weg nicht möglich ist. Dass trotz aller Schwierigkeiten schliesslich ein Einvernehmen mit dem Personal hergestellt werden konnte, ist ein neuer Beweis für das Verständnis und Vertrauen, das die Verwaltung beim Personal gefunden hat. Wir werden das Gefühl der Solidarität, das sich darin kundgibt, erwidern. Möge bald die Zeit kommen, in der die Wirtschaftskrise, die über alle arbeitenden Menschen ohne ihre Schuld hereingebrochen ist, sich mildert und die Angestellten für ihre tüchtige und pflichteifrige Arbeit wieder ihre vollen Bezüge erhalten. ( Lebhafter Beifall bei den Soz. dem. )

Bei der Abstimmung werden die Anträge Kurnschek der geschäftsordnungsmässigen Behandlung überwiesen, die Referentenanträge angenommen, die Resolutionsanträge Scholz abgelehnt.

Der Antrag in den Arbeitsvertrag für die ständigen Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke und der städtischen Gaswerke die Bestimmung einzufügen, dass die Arbeiter nach einem fünfjährigen ständigen Arbeitsverhältnis im Dienst der Gemeinde das Definitivum erhalten, wenn sie die in der Arbeitsordnung vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen, wird nach dem Referate des St.R. Speiser und nach dem GR. Pichler dagegen protestiert hatte, dass einem ähnlichen von ihm gestellten Antrag seinerzeit von der Mehrheit nicht zugestimmt worden sei, angenommen.

Die Verhandlungen werden abgebrochen und es gelangen die eingebrachten Dringlichkeitsanträge zur Verhandlung. In Angelegenheit der Abfuhr des Hauskehrrichtes bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke hat GR. Stöger einen Antrag eingebracht, der unverzüglich in dieser Angelegenheit Erhebungen verlangt. Nachdem Vizebürgermeister Emmerling festgestellt hatte, dass die Angaben und Tatsachen nicht entsprechen, wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt. In Angelegenheit der Schneesäuberungsarbeiten haben die GR. Gratzenberger und Mühlberger einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich mit den Schneesäuberungsarbeiten beschäftigt und eine Erhöhung der Ehtlohnung der Schneearbeiter um 50 Prozent fordert. STR. Richter stellt fest, dass die Gemeinde Wien im heurigen Winter für die Schneesäuberungsarbeiten und Glatteisbekämpfung bisher nicht weniger als 1,032.000 Schilling aufgewendet hat. Er spricht sich gegen die Dringlichkeit des Antrages aus, die auch von der Mehrheit abgelehnt wird.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XX. Blatt

Wien, am .....

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der GR. Gratzenberger und Scholz wendet sich gegen die Vergebung der Bestellungen von Bullmannkappen für Pflöglinge der Gemeinde Wien an tschechische Firmen und fordert die Unterlassung jeder weiteren Gemeindebestellung im Ausland. Nachdem St. R. Linder erklärt hatte, dass keine österreichische Fabrik Bullmannkappen erzeuge, und dass im übrigen das Wirtschaftsamt nur heimische Industriena beschäftigt, wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Ein Dringlichkeitsantrag der GR. Gratzenberger und Peschol beschäftigt sich mit dem Verkauf von Altmaterial aus den Beständen der "Societas", die aus einer von der Aktion Winterhilfe veranstalteten Sammlung stammen an einen jüdischen Winkelhändler im XX. Bezirk, verlangt Aufklärung darüber, Einberufung des Winterhilfekongressums und Einstellung der Beteiligung aus der Winterhilfe an die Societas und andere rote Vereine. St. R. Tandler weist darauf hin, dass ungefähr 40 Prozent des der Societas von der Winterhilfe übergebenen Materials unbrauchbar war und daher verkauft werden musste. Den Erlös von 163 Schilling hat die Societas der Winterhilfe übergeben. Die Beteiligung aus der Winterhilfe erfolge an Verbände aller Parteien, woran sich nichts ändern wird. Im übrigen ist es eine Undankbarkeit, die Winterhilfe so herabzusetzen, wie es durch den Antrag geschieht. Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Ein Dringlichkeitsantrag der GR. Hölzl und Griessler beschäftigt sich mit dem Studentenheim der "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten" das in einem der Gemeinde Wien gehörigen Haus untergebracht ist. Der Antrag verlangt unter anderem, dass in Gemeindehäusern Studentenheime eingerichtet werden sollen, die für mittellose Studenten deutscher Volkszugehörigkeit bestimmt sein sollen. Der Antragsteller begründet kurz die Dringlichkeit, worauf diese von der Mehrheit abgelehnt wird.

Die GRt. Pichler und Gratzenberger verlangen in einem Dringlichkeitsantrag eine Heldenehrung durch die Gemeinde Wien; Auch diesem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Schluss der Sitzung 10 Uhr 40.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

56

Wien, am 25. Februar 1933

## Die Schneesäuberungsarbeiten.

Im heurigen Winter bisheriger Aufwand für Schneesäuberung und Glatteisbekämpfung 1.032.000 Schilling.-Freitag und Samstag 6.842 Arbeitslose bei den Schneesäuberungsarbeiten beschäftigt.

Der städtische Strassenpflegebetrieb und die städtischen Strassenbahnen haben gestern und heute insgesamt 6.842 Arbeitslose für die Schneesäuberungsarbeiten eingestellt. Ausserdem wurden bei diesen Arbeiten 1.901 städtische Strassenarbeiter beschäftigt. Für die maschinelle Schneesäuberung und Schneeabfuhr verwendeten der städtische Strassenpflegebetrieb und die städtischen Strassenbahnen an beiden Tagen zusammen 308 Pferdeschneepflüge, 143 Motorschneepflüge, 17 Autoschneepflüge, 378 Pferdefuhrwerke und 44 Lastkraftwagen.

Die Kosten, die der Gemeinde Wien im heurigen Winter durch die Schneesäuberungsarbeiten und durch die Glatteisbekämpfung bis jetzt erwachsen sind, sind enorm hoch. Allein in dieser Woche wurden für die Schneesäuberungsarbeiten rund 13.000 Schneearbeitertagschichten und für die Schneepflugbespannung und Schneeabfuhr rund 1.400 Fuhrwerkstagschichten in Anspruch genommen. Insgesamt hat die Gemeinde Wien zusammen mit den städtischen Strassenbahnen im heurigen Winter bis jetzt für Schneesäuberungsarbeiten und Glatteisbekämpfung nicht weniger als 1.032.000 Schilling aufgewendet.

.....

## Neue Wiener Strassennamen.

Strassenbenennungen nach Alfred Nobel, Alois von Negrelli und Karl Mihatsch.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates Beisser die Benennung von drei neuen Verkehrsflächen nächst der Donaufelderstrasse und der Sattlingergasse in Floridsdorf beschlossen. Die drei neuen Strassenzüge werden nach Alfred Nobel, Alois von Negrelli und Ingenieur Karl Mihatsch benannt. Die Erläuterungstafeln werden folgende Aufschrift tragen: "Alfred Nobel (1833-1896), Schwedischer Chemiker, Stifter der Nobelpreise, Förderer des Friedensgedankens", "Karl Mihatsch (1826-1910), Ingenieur, Hauptmitarbeiter an der Erbauung der ersten Wiener Hochquellenwasserleitung" und "Alois von Negrelli (1799-1858), Verkehrstechniker, Vorkämpfer für den Bau des Suez-Kanales".

.....

## Diamantene Hochzeitsfeier.

Heute, Samstag, feierten Franz und Josefa Tomek in vollster geistiger und körperlicher Frische die sechzigste Wiederkehr ihres Hochzeitstages. Aus diesem Anlass fand in der Fünfhauser Wohnung des Jubelpaares eine schlichte Familienfeier statt, an der in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teilnahm, der die Glückwünsche der Stadtverwaltung überbrachte und dem Jubelpaar eine Ehrengabe von hundert Schilling und ein in Goldrahmen gefasstes Diplom überreichte. Tomek kam mit vierzehn Jahren nach Wien, erlernte hier das Schuhmachergewerbe und arbeitete viele Jahre lang im städtischen Strassenpflegebetrieb, von dem er heute auch eine Pension bezieht. Sowohl er wie seine Frau stehen im 88. Lebensjahr. Von sieben Kindern sind noch zwei am Leben.

.....







# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

58

Wien, am 27. Februar 1933

## Umbenennung der Exnergasse in Währing.

Im März 1930 hatte der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, anlässlich des 90. Geburtstages des Sektionschefs Ingenieurs Dr. Wilhelm Exner die Eisengasse auf dem Alsergrund nach Dr. Wilhelm Exner und die schon bestehende Exnergasse in Währing in "Eisengasse" umzubenennen. Die Durchführung der Umbenennung der Exnergasse in Währing ist jedoch unterblieben, weil die Verwendung des gewohnten Namens für eine andere Verkehrsfläche zu Verwechslungen geführt hätte. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nunmehr in seiner letzten Sitzung dem Antrag des Gemeinderates Boissar auf Umbenennung der Exnergasse in Währing nach dem im Jahre 1930 verstorbenen Bürgerschuldirektor Gustav Krütznor zugestimmt. Die Erläuterungstafel wird folgende Aufschrift tragen: "Gustav Krütznor (1871-1930), Bürgerschuldirektor, verdienstvoller Horterzieher".

.....

## Belichtung der Hausnummerntafeln in Wien.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben mit einer Unternehmung für den Bau und Betrieb elektrischer Hausnummerntafeln einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese Unternehmung die Werbung für die Anbringung elektrischer Hausnummerntafeln in Häusern im Wiener Gemeindegebiet, deren Installation und Betrieb während der ersten fünf Jahre übernimmt. Die Installationsarbeiten müssen nach den Bestimmungen des Vertrages an Wiener Elektrotechniker vergeben werden. Für den Betrieb der elektrischen Hausnummerntafeln haben die Mieter an die Unternehmung ein geringes Entgelt zu leisten; die Unternehmung entrichtet für den zur Belichtung der Nummerntafeln erforderlichen Strom an die städtischen Elektrizitätswerke ein Pauschalentgelt. Der Vertrag ist vom Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen kürzlich zur Kenntnis genommen worden.

.....

## Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 1., 8., 15., 22. und 29. März im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen immer um 10 Uhr 30.

.....

## Bezirksvertretung Währing.

Die Bezirksvertretung Währing tritt morgen, Dienstag, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....







# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

## Die Neunkirchner Explosionskatastrophe.

Eine Darlegung des Direktors der städtischen Gaswerke im Stadtsenat.-Kein Grund zu einer Beunruhigung der Bevölkerung.

In der heutigen Sitzung des Stadtsenates brachte Stadtrat Kunschak die Beunruhigung zur Kenntnis, die in der Bevölkerung des XIII. Bezirkes wegen des neuen Gasbehälters in Baumgarten, der noch nicht in Betrieb genommen worden ist, bestehe. Diese Beunruhigung sei vor allem durch das bekannte Neunkirchner Ereignis ausgelöst worden, das Furcht vor ähnlichen Unglücksfällen bei anderen Gasbehältern erweckt habe.

Direktor Ingenieur Menzel und Vizedirektor Ingenieur Günther, die in der Sitzung des Stadtsenates erschienen waren, legten an Hand von Plänen und Berichten den Sachverhalt dar. Direktor Menzel führte dabei aus:

Die durch amtliche und nichtamtliche Sachverständige durchgeführten Erhebungen über die Vorgänge, die zur Explosion des Gasbehälters in Neunkirchen führten, sind noch nicht ganz abgeschlossen; die bisherigen Feststellungen bestätigen aber die bereits in der Vorwoche von der Direktion der Wiener städtischen Gaswerke gegebene Darstellung. Es ist einwandfrei festgestellt worden, dass an der Umgangsleitung, die die Gaszu- und Gasableitung des Gasbehälters verbindet, unmittelbar vor der Explosion des Behälters gearbeitet wurde. Die Umgangsleitung war vor der Inangriffnahme der mehrere Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten durch Schliessung der Schieber, die sie mit der Gaszu- und Abgangsleitung verbanden, ausser Betrieb gesetzt worden. Man nahm an, dass sie vollkommen gasfrei sei. Dies war aber nicht der Fall. Durch die Undichtheit eines Schiebers ist Gas in die Umgangsleitung gelangt, sodass sich in ihr ein explosives Gasluftgemisch bildete. Erläuternd sei bemerkt, dass ein Gasluftgemisch nur dann explosiv ist, wenn es zwischen etwa 7 und 18 Prozent Gas enthält; ein mehr oder weniger Gas enthaltendes Gemisch ist nicht explosiv. Bei den Arbeiten an dieser Umgangsleitung soll - soweit bisher festgestellt werden konnte - keine Lötlampe, aber ein Schneidebrennen verwendet worden sein, durch den das in der Leitung befindliche Gasluftgemisch zur Entzündung gebracht wurde. Die unausbleibliche Folge dieses Zündschlages war die Zertrümmerung der Umgangsleitung und des sie gegen die Gaszuleitung abschliessenden Schiebers. Die weitere Folge war eine mächtige Gasausströmung aus der Gas führenden Rohrleitung und die Entzündung des ausströmenden Gases durch die Explosionsflamme. Es entwickelte sich entlang des Behältermantels eine bis in die Nähe des Behälterdaches reichende mächtige Gasflamme, die die Behälterwandung ausserordentlich stark erhitzte und, wie man vermutet, bis zum Glühen brachte. Durch diese Ueberhitzung wurde die Abdichtung zwischen Behälterscheibe und Behältermantel unwirksam, sodass nunmehr auch Gas in den über der Scheibe befindlichen, mit Luft erfüllten Behälterraum austreten konnte. Es entstand auch dort ein explosives Gasluftgemisch, das sich an der längs der Behälterwand hochstrebenden Flamme entzündete und zur Zerstörung des Behälters führte.

Es ist somit einwandfrei festgestellt, dass nicht der Gasbehälter die unmittelbare Ursache der Katastrophe war, sondern ein Zündschlag, der in ganz geringer Entfernung vom Behälter durch eine unsachgemässe Arbeitsausführung ermöglicht wurde.

Diese Behälterexplosion war daher zweifellos vermeidbar; sie ist nicht durch höhere Gewalt entstanden, sondern nur dadurch möglich geworden, dass verschiedene Massnahmen, die bei der Durchführung derartiger Arbeiten geboten sind, unterlassen worden sind. Die Folgen dieser Explosion



# RATHAUSKORRESPONDENZ

II<sup>te</sup> Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

waren deswegen so schwerer Art, weil sich, nur durch eine schmale Strasse vom Behälter getrennt, in einer Entfernung von kaum 20 Metern eine Häuserzeile aus leicht gebauten niedrigen Häusern befand, die, der Explosionswirkung ausgesetzt, vollkommen zerstört wurden. Im Gegensatz zur zerstörenden Wirkung der Explosion in der unmittelbaren Umgebung des Behälters steht die Tatsache, dass die Baulichkeiten innerhalb der Kokerei, mit Ausnahme einiger in nächster Nähe des Behälters befindlicher Werkseinrichtungen, fast unversehrt blieben.

Die Befürchtungen, die man in Wien wegen des bereits fertiggestellten und vor der Inbetriebnahme stehenden Gasbehälters in Baumgarten von 30.000 Kubikmetern unter Hinweis auf das Neunkirchner Unglück hegt, sind nicht begründet. Gasbehälter und gasführende Leitungen und Anlagen sind vollkommen ungefährlich und schliessen jede Explosionsgefahr aus, wenn in ihnen die Bildung eines explosiven Gasluftgemisches verhindert wird. Werden in Wien aus irgendeinem Grunde derartige Anlagen ausser Betrieb gesetzt, so geschieht dies stets unter der Leitung und ständigen Aufsicht eines sachkundigen, sich der Art der Arbeit und seiner Verantwortung voll bewussten technischen Beamten unter allerstrengster Bedachtnahme darauf, dass die Bildung eines explosiven Gasluftgemisches ausgeschlossen bleibt. Bei der Durchführung von Arbeiten an solchen ausser Betrieb gesetzten Anlagen und Rohrleitungen wird vor allem dafür gesorgt, dass die nach der Ausserbetriebnahme etwa noch vorhandenen Gasmengen restlos entfernt und ein Nachströmen von Gas durch entsprechende Massnahmen unter allen Umständen unmöglich gemacht wird. Alle von den Wiener städtischen Gaswerken bisher durchgeführten Arbeiten ähnlicher Art wurden diesen Sicherheitsmassnahmen entsprechend und daher gefahrlos durchgeführt.

Die Annahme, dass umbaute Gasbehälter grössere Sicherheit bieten, ist vollkommen unrichtig. In anderen Städten stehen Gasbehälter mitten im umbauten Gebiet, so allein in Berlin mehr als ein Dutzend; in Stuttgart ist ein 300.000 Kubikmeter fassender Gasbehälter mitten in Häuser hineingebaut, in Chicago steht ein 540.000 Kubikmeter fassender Behälter ebenfalls mitten in der Stadt.

Ein Anlass zu einer Bounruhigung der Wiener Bevölkerung wegen des neuen Gasbehälters in Baumgarten ist nicht gegeben.